

Auseuf zur nationalen Solidarität

„Die internationale Solidarität des Proletariats haben wir zerbrochen, dafür wollen wir aufbauen die lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes!“

Im Reichspropagandaministerium gab Reichsminister Dr. Goebbels am 13. September den Organisationsplan der Reichsregierung zum „Kampf gegen Hunger und Kälte“ bekannt. Nach einem Hinweis auf die vom Führer bezeichneten drei Etappen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit erwähnte Dr. Goebbels, es müsse damit gerechnet werden, daß im kommenden Winter noch weiterhin eine Millionenzahl von Volksgenossen erwerbslos bleibt. Das Winterhilfswert, das unter der Parole „Kampf gegen Hunger und Kälte“ organisiert werden soll, steht in bewußtem Gegensatz zu den auf diesem Gebiete getroffenen Maßnahmen der vergangenen Jahre. Es ist eine Aktion, die von der Regierung selbst geleitet und vom ganzen Volke getragen wird. Jeder einzelne Volksgenosse ist mit dafür verantwortlich, daß sie gelingt.

Not und Brotgemeinschaft

Das Winterhilfswert „Kampf gegen Hunger und Kälte“ soll eine drastische Dokumentierung unseres Willens zur Zusammengehörigkeit des ganzen deutschen Volkes in einer großen Not- und Brotgemeinschaft sein. Grundtatsache dieses Winterhilfswertes soll sein, daß es Sache des ganzen Volkes ist. Niemand wird sich davon ausschließen dürfen. Die Welt, die uns noch mit Mitleiden und Ablehnung begegnet, soll sehen, daß wir nicht auf fremde Hilfe angewiesen, sondern entschlossen sind, uns selbst zu helfen. Die Schwachen, die Bürger und Proletarier voneinander trennen, sind niedriger. Wir haben zueinander gefunden und werden nie mehr voneinander lassen. Wir gehören nicht nur in der Freude rauschender Feste, sondern auch in der Not bitterer Trübsal zusammen.

Was übrigbleibt an sozialem Elend, das tragen wir gemeinsam und lassen nicht zu, daß der eine darbt, friert und hungert, während der andere ein gesichertes Auskommen hat oder im Überfluß lebt.

Die ganze Nation setzt sich zum Ziel, mit dieser Aktion dafür zu sorgen, daß in diesem Winter keiner hungert oder frieren braucht. Damit läßt sich auch die innere Verbindung zwischen „völkischer“ und „christlicher“ Lebensauffassung

Die Regierung wird Vorkehrungen treffen, daß dieses Winterhilfswert mit den saubersten und anständigsten Verwaltungsmethoden durchgeführt wird, die überhaupt denkbar sind. Es wird einen riesenhaften Umsatz an Geld und Lebensmitteln erforderlich machen. Wer sich daran berechnen wollte, wird mit den härtesten und drakonischsten Strafen belegt.

Um den Notleidenden unseres Volkes auch äußerlich zu zeigen, daß die ganze Nation mit ihnen fühlt und empfindet, und ihnen zu helfen bereit ist, soll in jedem Monat der erste Sonntag ihnen gewidmet sein. In großen Straßen- und Häuseransammlungen werden die Mittel für die Durchführung dieser Aktion herbeigeholt werden. Die Regierung richtet dabei an die gesamte deutsche Öffentlichkeit den Appell, an diesen Sonntagen mittags lediglich ein Eintopfgericht im Preise von höchstens 50 Pf. je Person zu verzehren. Ein gleiches soll auch in Gastwirtschaften, Hotels und Speisewagen der Eisenbahn durchgeführt werden. Die dabei ersparten Gelder werden ohne Abzug in die große Hilfskasse hineingegeben.

Der Führer hat den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß die Durchführung dieses Planes ohne Unterchied der Klasse und der Person gewährleistet wird. Die Regierung wird sich selbstverständlich, wie überall so auch hier, an seine Spitze stellen. Abgehen von den dabei zu erzielenden Geldmitteln soll den Armen unseres Volkes wenigstens an einem Tag im Monat, und zwar an einem Sonntag, gezeigt werden, daß das ganze Volk bei ihnen steht, und daß wenigstens einen Tag lang jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau ihr Schicksal teilen.

Der Aufbau des großen Hilfswertes

Träger des Hilfswertes sind unter Führung der NS.-Volkswohlfahrt alle Organisationen der NSDAP, alle auf dem Boden des Staates stehenden gemeinnützigen Organisationen der freien Wohlfahrtsverbände, ferner alle Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden sowie die Verbände der deutschen Industrie, des Handels und Gewerbes.

Im ganzen Reich sind Arbeitsgemeinschaften gebildet, an deren Spitze die Reichsführung des Winterhilfswertes mit dem Sitz in Berlin steht. Die bei der Reichsführung des Winterhilfswertes gebildete Reichsarbeitsgemeinschaft hat in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Reichsamt den deutschen Notstandsgebieten entsprechende Patengebiete zugewiesen, wobei die Frachtkosten, die völlige Eigenart der Bevölkerung, sowie etwa bereits bestehende Beziehungen berücksichtigt worden sind. Neben der Reichsarbeitsgemeinschaft des Winterhilfswertes steht der Reichsleiter mit öffentlichen Aufgaben. In ihm sind die Reichsminister, die preußischen Minister, die Reichskatholiken, die Minister-

präsidenten der Länder sowie führende Persönlichkeiten der Kirchen, der Industrie, des Handwerks, der Kunst und Wissenschaft usw. vertreten. Bei der Reichsführung liegen die Aufgaben der Organisation des Winterhilfswertes, die Treuhänderschaft der Frachtfreiheit und die Kohlenbeschaffung. Träger der Propaganda für das Winterhilfswert sind die Leiter der Landesstellen für Volksaufklärung und Propaganda.

Das Winterhilfswert ist eine zusätzliche Fürsorgeaktion für alle wirklich hilfsbedürftigen Volksgenossen, zu denen neben den Arbeitslosen, Wohlfahrtsunterstützungs- und Rentenempfängern vornehmlich Personen gehören, bei denen ein besonderer Notfall vorliegt, z. B. langjährige Erwerbslosigkeit, besonders bei Kinderreichen und lang dauernde Krankheit. Die Sammlungen stehen unter einem bestimmten Motto, so z. B. im Dezember: „Für die Weihnachtsspende der Winterhilfe“, im Januar: „Für Kopf und Ohren“, ohne daß das Kampfmotto: „Kampf gegen Hunger und Kälte“ in den Hintergrund tritt. Für das ganze Reich sind einheitliche Sammelsonntage, für die der erste Sonntag des Monats bestimmt ist, vorgegeben. Durch Bekanntgabe der Sammelergebnisse soll das Interesse der Bevölkerung dauernd wachgehalten und angeregt werden.

Die Lebensmittelansammlungen auf dem Lande sollen möglichst in der Erntezeit durchgeführt werden, da der Bauer das Viehfleisch an Ertragsstoffen abgibt, wenn er sie vom Felde liefern kann und sie nicht erst eingekauft oder eingemietet hat. Mit den Stein- und Braunkohlenabfällen sind Verhandlungen wegen größerer Spenden in Form von Abgaben verbilligter Kohle aufgenommen worden. Die allgemeinen Richtlinien hierfür werden von der Reichsführung des Winterhilfswertes in Zusammenarbeit mit dem Reichsfohlenrat ausgegeben.

Für Geldsammlungen sind mit den Angestellten- und Beamtenverbänden Verhandlungen zwecks gestaffelter Abzüge zugunsten des Winterhilfswertes aufzunehmen. Arbeiter, die in Arbeit sind, spenden nach Möglichkeit monatlich den Betrag einer Arbeitskassende.

Inhaber von Bank- und Sparkonten werden aufgefordert, monatlich einen bestimmten Betrag von ihrem Konto abbuchen zu lassen.

Ferner sind am ersten Sonntag eines jeden Monats Hausansammlungen von Tür zu Tür und vor allem Büchfensammlungen auf der Straße durch die NSDAP und die mit ihr verbundenen Organisationen durchzuführen.

Mit der Ausgabe von Wohlfahrtsbriefmarken ist die deutsche Nothilfe betraut.

Einen nicht unwesentlichen Ertrag für das Winterhilfswert soll eine über das ganze Reich verbreitete Fünfzig-Pfennig-Strahende-Lotterie einbringen. Mit dieser Lotterie wird gleichzeitig ein hoher kultureller Zweck verfolgt insofern, als die jedem Losbrief beigefügten fünf Postkarten in 60 Serien 300 Bilder bringen, deren Auswahl unter dem Motto „Zwetausend Jahre deutscher Geschichte und Kultur“ vorgenommen wird.

Jeder muß eine Platte erwerben!

Für Spender, die monatlich einen bestimmten und angemessenen Betrag zeichnen, ist eine kleine Platte mit der Aufschrift „Wir helfen“ vorgegeben, die die Spender an ihren Wohnorten besetzen können und die sie von weiteren Sammlungen befreien.

Bei den Straßen- und Hausansammlungen gelangen besondere Abzeichen zur Ausgabe. Platten und Abzeichen haben für jeden Monat eine ganz bestimmte Farbe.

Für die Spenden des Winterhilfswertes gewährt die deutsche Reichsbahn Frachtfreiheit.

Mit den Kraftfahrzeugverbänden und -besitzern sind Verhandlungen wegen Unterstützung der Hilfsaktion durch Bereitstellung von Kraftfahrzeugen eingeleitet.

Neben dem freiwilligen Arbeitsdienst sollen nach Vereinbarung mit den Dienststellen auch die Reichswehr, Schutzpolizei, der fährtdienst, die Feuerwehren, Straßenbahnen und das NSKK für Transporthilfe verwendet werden.

Den Arbeitsgemeinschaften der Orte oder Bezirke obliegt neben der Sammlung auch die Verteilung der Spenden. Die Ausgabe von Naturalspenden an Empfangsberechtigte erfolgt nur durch Zuweisungseine, die den Bedürftigen von den Verteilungsstellen verabsolgt werden und zum Empfang der vermerkten Ware und Menge in dem bezeichneten Lebensmittelgeschäft oder angegebenen Lager berechtigen.

Das gesammelte Bargeld soll grundsätzlich nur für den Einkauf von Lebensmitteln, Heizmaterial usw. verwendet werden. Außerdem soll ein Speisungsdienst eingerichtet werden, bei dem für bedürftige Familien Lebensmittel zur eigenen Speisebereitung abgegeben werden; Massenpeisungen sollen nur für diejenigen veranfaßt werden, die keinen eigenen Herd haben. In Ergänzung hierzu sind Freitische und Freizeiten an Einzelpersonen sehr erwünscht.

Kohlen sollen möglichst nicht unter einem Zentner, jedoch auch nicht über zwei Zentner je Familie abgegeben werden. Wärmehilfe soll durch Einrichtung von Wärmeräumen für unverheiratete Hilfsbedürftige ergänzt werden, die hier auch Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten finden.

Besonderes Augenmerk wird auf die Fürsorge der Jugend gerichtet. Bei allen Maßnahmen zugunsten der Jugend soll diese selbst als Träger herangezogen werden. Für die schulpflichtige Jugend, deren Eltern erwerbslos sind, werden Schulpeisungen eingerichtet und Schul- und andere Räume für den Nachmittagsaufenthalt und für die Anfertigung der Schularbeiten bereitgestellt.

Weiterhin werden durch die örtlichen Ausschüsse des Winterhilfswertes mit Theater, Film- und Konzertbetrieben Vereinbarungen dahin getroffen, daß von diesem Betrieben in möglichst großem Umfang Freizeiten für die notleidende Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Zugunsten der Hilfsaktion sind endlich noch Konzerte, Theateraufführungen und sonstige Veranstaltungen durchzuführen, deren Reinertrag dem Winterhilfswert zufließt. Ebenso sollen Vergnügungstätten den Reinertrag eines Abends abliefern. Als Gegenleistung dafür erfolgt Bekanntheit der Vergnügungstätten im Rundfunk und in der Presse, falls der Reinertrag schon am nächsten Tage abgeliefert wird.

Dieses Winterhilfswert ist die grandioseste soziale Organisation dieses Jahres überhaupt, dem kein Volk etwas Ähnliches zur Seite stellen kann. Die Regierung selbst wird, wie bisher, ihre repräsentativen Pflichten auf das allgeringste Mindestmaß einschränken. Das deutsche Volk soll sehen, daß sie bei ihm steht und jedes Los und Schicksal mit ihm teilt. Die nationalsozialistische Bewegung aber, gehört im Kampf um nationale Rechte, tritt hier den Beweis an, daß sie in der Tat eine sozialistische Partei, eine Partei der Gemeinschaft und des Volkes ist. Dieser Sozialismus begnügt sich nicht mit leeren Phrasen und bloßen Theorien. Es ist ein Sozialismus der Tat, der die ganze Nation umschließt.

Einer tritt für alle ein, und alle für einen! Das Volk wird eine Not- und Brotgemeinschaft sein, und das Wort, das wir im Kampf um die Macht zu unserer Parole erhoben haben, soll nun, da wir im Besitz der Macht sind, beglückende Wirklichkeit werden, Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Berbundenheit in glücklichen und schlimmen Tagen

Die Ausführungen des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels wurden von den Berammelten mit großem Beifall begrüßt. Darauf nahm der Reichszantler Adolf Hitler das Wort und führte aus:

Viele Jahre haben wir im Innern gegen den Gedanken der internationalen marxistischen Solidarität getämpft. Wir haben in dieser vermeintlichen internationalen Solidarität nur den Feind wirklicher nationaler Einstellung gesehen, ein Phantom, das den Menschen wegzog von der einzig vernünftigen Solidarität, die es geben kann: von der Solidarität, die blutmäßig eng begründet ist. Wir sind uns aber auch immer klar darüber gewesen, daß man diese Vorstellung nicht beseitigen kann, ohne die andere an ihre Stelle treten zu lassen. Daher muß als Motto über dieser großen Hilfsaktion das Wort stehen: „Nationale Solidarität“.

Wir haben die internationale marxistische Solidarität innerhalb unseres Volkes zerbrochen, um den Millionen deutscher Arbeiter eine andere, bessere Solidarität dafür zu geben. Es ist die Solidarität unseres eigenen Volkes, die unzertrennliche Verbundenheit nicht nur in glücklichen, sondern auch in schlimmen Tagen. Die Verbundenheit nicht nur mit denjenigen, die vom Glück begünstigt sind, sondern auch mit denjenigen, die vom Unglück verfolgt sind.

Wenn wir diesen Gedanken der nationalen Solidarität richtig auffassen, dann kann es nur ein Gedanke des Opfers sein. Das heißt also, wenn der eine oder andere sagt, man würde dabei zu stark belastet werden, man müsse ja immer wieder geben, dann kann man nur erwidern: Das ist nun einmal der Sinn einer wirklichen nationalen Solidarität. Im Rahmen kann die wirkliche nationale Solidarität ihren Sinn nicht haben.

Wenn ein Teil unseres Volkes durch Verhältnisse, an denen alle mit Schuld sind, in Not geraten ist, und der andere, vom Schicksal davon ausgenommen, nur einen Teil der Not freiwillig auf sich zu nehmen bereit ist, dem der andere durch den Zwang ausgeliefert ist, dann sagen wir:

Es soll mit Absicht einem Teil unseres Volkes eine gewisse Not mit aufgebürdet werden, damit er dadurch hilft, die Not des anderen Teils erträglich zu gestalten. Je größer die Bereitwilligkeit ist, ein solches Opfer auf sich zu nehmen, um so schneller wird man die Not der anderen Seite dadurch mindern können.

Jeder muß verstehen, daß sein Geben überhaupt nur dann im Sinne der Herstellung einer wirklichen Volksgemein-

haft einen Wert hat, wenn dieses sein Geben für ihn ein Opfer bedeutet. Nur so kann man letzten Endes diese höhere Solidarität aufbauen, zu der wir hinstreben müssen, wenn wir die andere überwinden wollen.

Wenn das ganze Volk richtig erfasst hat, daß diese Maßnahmen für jeden ein Opfer bedeuten müssen, dann wird aus diesen Maßnahmen heraus nicht nur eine Milderung der materiellen Not eintreten, sondern es wird noch etwas viel Wertvolleres herauskommen, es wird daraus die Überzeugung wachsen, daß die Volksgemeinschaft nicht ein leerer Begriff ist, sondern daß sie wirklich etwas Lebendiges ist.

Wir benötigen in dem schweren Kampf der Nation diese Gemeinschaft mehr denn je. Wenn Deutschland vom Glück gesegnet wäre, dann könnte man vielleicht ihre Bedeutung etwas geringer einschätzen. Da wir aber schwere Zeiten zu ertragen haben, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir sie nur dann überwinden können, wenn unser Volk wie ein einziger Stahlblock zusammenhängt. Das werden wir nur dann erreichen können, wenn die Millionenmassen, die nicht vom Glück gesegnet sind, das Gefühl bekommen, daß die vom Glück mehr Begünstigten mit ihnen fühlen und bereit sind, freiwillig ein Opfer auf sich zu nehmen, um damit vor aller

Welt die unzertrennliche Verbundenheit unseres Volkes zu dokumentieren.

Was das deutsche Volk dadurch heute an Opfern bringt, das wird — dessen kann jeder überzeugt sein — mit Zins und Zinseszins unserem Volke, auf diesem Wege zurück-erstattet werden. Denn was sind alle materiellen Opfer, die man freiwillig bringt, gegenüber dem größten Geschenk, nämlich dem Geschenk, ein gemeinsames, einheitliches Volk zu sein, das sich als zusammengehörig fühlt, das bereit ist, seinen irdischen Schicksalweg auch gemeinsam anzutreten und gemeinsam durchzutämpfen. Der Segen, der aus dieser Gemeinschaft, aus dieser nationalen Solidarität kommt, ist viel gewaltiger und viel nützlicher als das Opfer, das der einzelne Mensch nun dafür bringt.

Für den Winterkampf gegen Hunger und Kälte sind bereits am ersten Tage über zwei Millionen RM. gesammelt worden. U. a. zeichnete die Deutsche Arbeitsfront 200 000 RM., die Reichsleitung der NSDAP. 100 000 RM., der Verlag des „Völkischen Beobachters“ ebenfalls 100 000 RM.

Tagung des Arbeitskonvents der Deutschen Arbeitsfront

In Köln trat am 10. September 1933 der Große Konvent der Deutschen Arbeitsfront zusammen. Diese Tagung erhielt dadurch eine besondere Note, daß an ihr der frühere italienische Korporationsminister Ez. Bottai als Ehren-gast teilnahm. Im Stadtverordneten-Sitzungssaal hatten sich Vertreter der NSDAP, der Regierung und der Arbeitgeberverbände versammelt. Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland, Bürger, eröffnete die Tagung und bot dem italienischen Gast einen herzlichen Willkommensgruß.

Der kurzen Begrüßungsansprache Börgers folgte die programmatische Rede Ez. Bottais, der als Präsident des Nationalen Faschisten-Instituts für Sozialfürsorge in italienischer Sprache einen erschöpfenden Überblick über die sozialen Verhältnisse in Italien gab. Er sei überzeugt, so führte er u. a. aus, daß ebenso wie der Faschismus auch der Nationalsozialismus als einziger dazu berufen sei, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer großen Arbeitsfront zusammenzufassen zum Wohl des gesamten deutschen Volkes. Den Klassenkampf der marxistischen Auffassung, wie er von den kommunistischen Agitatoren gepredigt wurde, haben wir restlos abgelehnt. Was die Einzelpersönlichkeit anlangt, so ist zu betonen: bei uns ist die Hauptperson des Unternehmens stets das Individuum und nicht der Staat. Der Staat überwacht und kontrolliert die Wirtschaft, übernimmt aber nicht selbst die wirtschaftliche Initiative. Gesellschaftliche Bestimmungen verlangen sogar, alle Initiativen zu fördern, zu ermutigen und zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die Produktion zusammenzufassen und besser zu organisieren.“ Ez. Bottai schloß mit dem Hinweis, daß es in Italien nicht an der Zeit sei, bereits erfüllte Tatsachen zu gedenken, sondern Pflicht sei, den Blick auf die Zukunft zu richten.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, bezeichnete die Tagung als eine der bedeutendsten Zusammenkünfte, denn sie könne der Ausgangspunkt sein zur Gründung einer neuen Internationale unter denjenigen Völkern, die Vernunft an Stelle der Unerntunft setzen wollten. Die Faschisten seien in zwei Ländern bereits vernichtet und in den anderen Ländern überall im Rückzug. Diese Stunde könne der Ausgangspunkt zur Schaffung einer großen Arbeitsfront, zur Internationale der Arbeit an sich, der Arbeit der Völker überhaupt werden. In einem solchen Sinne heute die Völker: Der Kampf gegen Unerntunft der Demokratie, gegen die Stimmzettel, gegen die Verantwortungslosigkeit werde überall geführt.

Der Grundgedanke für die Arbeit beim Neuaufbau der Volksgemeinschaft müsse sein: Wie bringe ich das Individuum in die Gemeinschaft? Der einzelne schaffe Werte, die der Gemeinschaft zugeführt werden müßten. Damit brägen wir die Revolution der Vernunft, wobei Vernunft das Produkt aus Gefühl, Rasse, Instinkt und Verstand sei. Liehen wir das Gefühl ohne den Verstand walten, so könne das, was uns beherrsche, nicht ausgewertet werden. Deshalb müsse Gefühl und Verstand uns beherrschen. In der nationalsozialistischen Idee sei die Synthese gelungen, die Einzelpersönlichkeit zur höchsten Kräfteentfaltung und Ausnutzung für die Volksgemeinschaft zu bringen. Man solle das Schlagwort „Marxismus“ etwas weniger gebrauchen und nicht einfach alles, was man nicht definieren kann, als „Marxismus“ abtun. So sei die Entstehung und Anwendung von Tarifverträgen und Kollektivverträgen nicht eine marxistische Einrichtung gewesen, ebensowenig die Konsumvereine und die Genossenschaften. Kollektivverträge seien im großen Betriebe überhaupt nicht zu entbehren.

Dann wandte sich der Redner den Fragen der Organisation zu. Organisation bedeute organisches Wachsen. Eins müsse man bei allen Aufgaben wissen, daß Menschen in einem Staat, die keine Heimat haben, für den Staat das allerschwerste sind. Die Aufgabe der Arbeitsfront sei es, die Weltanschauung des Nationalsozialismus in das gesamte Volk hineinzubringen und auch den Gegnern eine Heimat im Staat zu geben. Die nächste Aufgabe sei es, auch den Feiertagen zu organisieren mit Kino und Theatern, mit Klubsäulern und Lesekreisen.

Auf der Festwiese im Rheinpark veranstaltete die NSDAP eine Massenkundgebung, die etwa 150 000 Teilnehmer aufwies. An ihr nahm auch der italienische Minister

Bottai teil. Nach verschiedenen Begrüßungsansprachen dankte Minister Bottai für den freundlichen Empfang und überbrachte den Gruß der Schwarzhemden Italiens. Er fuhr fort: „Während des kurzen Aufenthaltes in Deutschland habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß ein neues Deutschland unter der Führung Adolf Hitlers entstanden ist und daß die nationalsozialistische Idee eine Kraftquelle ist, die ausgenutzt wird zur Vollendung der Bestimmung des deutschen Volkes. Ich stehe in enger Fühlung mit dem italienischen Arbeiter, mit dem Arbeiter der Hand und der Stirn. Ich freue mich besonders, den Gruß des schaffenden italienischen Volkes darbringen zu können. Nach dem bisher Geschehen und angesichts dieser großen Kundgebung habe ich die Überzeugung, daß Deutschland seinen Weg unter Adolf Hitler fortsetzen und sein Ziel erreichen wird.“

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, erwiderte die Begrüßungsworte des Ministers und führte aus: Seit uralten Zeiten sind die Beziehungen der Völker untereinander durch den Drang entstanden, Gemeinschaft zu suchen. Während wir früher gewohnt waren, alle Beziehungen im Handel und in der Wirtschaft zu suchen, sucht heute die Idee des Nationalsozialismus die Kultur und die Seele, das Seelengut der anderen Völker. Wir suchen heute den Austausch ideeller Werte. Dabei wollen wir frei neben den anderen Völkern stehen, friedlich, aber geachtet und geehrt. Die bisherige Diplomatie, die die Beziehungen der Völker zueinander pflegt, hat gründlich verfaßt. Ebenso verfaßt hat die zweite und dritte Internationale. Es kann auch nicht eine materiellen Zielen dienende Internationale die Beziehungen erhalten, sondern nur der von der Vernunft beherrschte Gedanke; der Gedanke: wie kann man die Welt vernünftig ordnen? Der heutige Tag sei ein Markstein auf dem Wege der Vernunft der Völker. Wir sehen, wie sich zwei Völker aus sich selbst heraus unter den Grundfäden der Vernunft geordnet haben; und was innerhalb eines Volkes möglich ist, muß auch innerhalb der Beziehungen der Völker möglich sein.

Die „Kamera“ fotografiert und druckt ihre Besucher

Die Sonderchau „Werdgang des Buches“ wird einer der Hauptanziehungspunkte der vom 4. bis 19. November 1933 in den Ausstellungshallen am Janturm stattfindenden Ausstellung „Die Kamera“ sein. Auf 700 Quadratmeter Hallenfläche wird hier gezeigt werden, wie aus einem geschriebenen Manuskript ein gedrucktes und gebundenes Buch entsteht. Dazu werden sämtliche moderne graphische Verfahren herangezogen.

Auf dieser Sonderchau werden nicht nur die modernsten Schreibmaschinen und Buchdruckmaschinen, sondern auch neuzeitliche Tiefdruck- und Offsetmaschinen, Reproduktionsapparate, Ätz- und Klischeebearbeitungsmaschinen, Farb- und Selbstmaschinen zu sehen sein. Das Ausstellen dieser großen Druckereianlage, zu der die großen Maschinenfabriken aus dem Reiche die Maschinen anliefern, erfordert lange Vorbereitungen. Mit der Montage und dem anschließenden Probebetrieb wird fünf Wochen vor Beginn der Ausstellung begonnen.

Die Ausstellungsbesucher können die einzelnen Arbeitsvorgänge bei der Herstellung des Buches genau verfolgen und beispielsweise sehen, wie eine Photographie durch einen Koffer in unzählige Punkte zerlegt und zu einer Autotypie wird. Es ist sogar beabsichtigt, Besucher zu photographieren, die Aufnahmen auf einen Tiefdruckzylinder zu übertragen und zu drucken. Wenn die Besucher dann im Laufe ihres Rundgangs an der Sonderchau „Werdgang des Buches“ angelangt sind, können sie sehen, wie ihr Bild gedruckt wird. Nach wenigen Minuten erhalten sie eine schön gezeichnete, illustrierte Broschüre, in der auch ihr Bild enthalten ist. So wird auch der Nichtfachmann zum ersten Male Gelegenheit haben, den ganzen Herstellungsprozess eines Buches auf eine Stelle konzentriert kennenzulernen. Er wird so einen Begriff von der erstaunlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Druck- und Reproduktionsgewerbes erhalten.

Berufliche Untermuerung

Die Zusammenfassung aller Arbeiter- und Unternehmerorganisationen zu einer in der Spitze gemeinschaftlich wirkenden und einheitlich entscheidenden „Deutschen Arbeitsfront“ hat den früheren Aufgabentkreis der deutschen Fachverbände oder Gewerkschaften wesentlich vereinfacht. Die das Berufsamtungsleben und die Zusammenarbeit in den Betrieben beherrschenden Tarif- und Organisationsfragen werden nur noch auf zentraler und möglichst einheitlicher Grundlage geregelt.

In welcher Form das geschehen kann und wird, ist in letzter Zeit auch im „Korr.“ schon mehr oder weniger deutlich genug beleuchtet worden. Eine allgemein abschließende Entscheidung steht noch nicht zur Debatte. Eine solche dürfte im Rahmen der neuen zentralen Tarif- und Organisationsgestaltung auch wohl kaum noch als zweckmäßig anzusehen sein: sie wird schon deshalb zu entbehren sein, weil ja für die praktische Durchführung tariflicher und organisatorischer Einzelaufgaben heute ganz andere Voraussetzungen gegeben sind, und zwar auch nach der Unternehmerseite hin. Es kommt daher heute nicht mehr so sehr auf das „Wie“ im einzelnen an, sondern auf die Wirkung für die Arbeits- und Lebensverhältnisse in der gesamten Wirtschaft und darüber hinaus für die Kultur des ganzen Volkes. Erfolg wie Mißerfolg werden zweifellos zum größten Teil davon abhängen, in welchem Geiste sich Unternehmertum wie Arbeiterchaft der grundsätzlichen Gesamtregelung anzupassen verstehen; ob mit der beiderseits erforderlichen Opferbereitschaft für das große Ganze oder mit spekulativer Sicherung eigener Vorteile. Da jedoch bestimmt damit zu rechnen ist, daß die kommenden neuen Grundzüge für Arbeit und Erwerb gegen willkürliche Hemmungsmöglichkeiten von vornherein weitgehende Vorbeugungsmaßnahmen vorziehen werden, die sowohl Unternehmer wie Arbeiter, die sich dem einheitlichen Aufbau eines gefunden deutschen Sozialismus entziehen möchten, so behandeln lassen wie sie es verdienen, wird man auch damit rechnen können, daß solche Versuche im Keime erstickt werden.

Wer also in Unternehmerr- wie Arbeiterkreisen die Dinge nimmt, wie sie nun einmal sind und mit oder ohne seine Hilfe in Zukunft werden sollen, der wird und muß erkennen, daß ein persönliches Kavieren oder Spekulieren in Tarif- und Organisationsfragen keinen Sinn mehr haben kann. Dafür bürgen heute einheitliche nationalsozialistische Grundzüge, für deren Trag- und Durchsichtskraft die staatspolitische Führung eine weit größere Verantwortlichkeit übernommen hat, als je früher möglich war. Die ebenfalls daraus hervorgegangene bewußte Verantwortlichkeit der Leitung der Deutschen Arbeitsfront für die Regelung der allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten bedeutet zwar gleichzeitig eine wesentliche Entlastung des Einzelmenschen von der persönlichen Verantwortlichkeit für alle diese neben- und ineinanderlaufenden Lösungsmöglichkeiten des Hand-in-Handarbeitens in Gewerbe und Beruf, keineswegs aber eine Entlastung von der persönlichen und beruflichen Verantwortlichkeit im Pflichtkreis des einzelnen. Denn ein zum Wohle der Gesamtheit tragfähiger Aufbau des zukünftigen sozialistischen Staates im Sinne des Führergedankens hängt selbstverständlich nicht allein vom Willen und Können seiner Architekten und Bauherren ab, sondern auch von der persönlichen und beruflichen Qualität jedes einzelnen Gehilfen oder Mitarbeiters.

Es wird daher nur konsequent und richtig sein, wenn ebenso streng wie das Führermaterial vor seiner Berufung geprüft und gemoggen wird, auch alle anderen Bauleute ganz genau wissen, was sie an ihrer Arbeitsstätte zu tun und zu lassen haben. Ungeeignete Arbeitskräfte werden und müssen ausgedient werden und befähigte und tüchtige Berufsgenossen dorthin gestellt werden, wo sie dem Betriebe, dem Gewerbe, und damit auch der Gesamtheit des Volkes am meisten nützen können. Daß diese Kräfte auch hinsichtlich der materiellen und sonstigen Bewertung ihrer Leistungsfähigkeit behandelt werden, wird und muß nach und nach zu immer strafferer Richtschnur in jedem Industrie- und Gewerbegebiet werden. Das ist und kann nur der tiefere Sinn der zukünftigen Sozialpolitik im neuen Deutschland sein, die nicht mehr danach fragen will, „wie hoch durch die Tätigkeit eines Unternehmers sein Bankkonto gestiegen ist“, sondern wie er die ihm durch Arbeitsvertrag unterstellten Mitarbeiter behandelt und bewertet. Das ist aber keine einseitige Verpflichtung nur für den Unternehmer, sie gilt in gleicher Weise auch für jeden Arbeiter dem Unternehmer gegenüber!

Und deshalb ist es nicht hoch genug zu schätzen, daß der eigentliche Aufgabentkreis der Fachverbände wieder auf ihr ursprüngliches Gebiet, der besonderen und kollegialen Fach-tätigkeiten zurückgeführt wird. Von großer Bedeutung ist hierbei die organisatorische Eingliederung der ehemals nur fakultativen Spartenorganisationen als obligatorische Berufspartien in die Fachschaft der Buchdrucker. Durch die damit ab 1. Oktober 1933 verbundene einheitliche Verteilung der einschlägigen fachtechnischen Spezialschriften, die als Gegenleistung für ebenfalls obligatorische Ortszugehörige zum bisherigen Verbandsbeitrag bei gleichzeitigem Fortfall der bisherigen Spartenbeiträge für alle bisherigen Mitglieder der besonderen Spartenorganisationen taum eine fühlbare Veränderung ihrer Beitragshöhe bedeutet, werden sehr wesentliche Voraussetzungen einer einheitlichen beruflichen Fortbildung geschaffen, die bisher gefehlt haben. Diese obligatorische Eingliederung der Sparten in die einzelnen Fachschaften schließt gleichzeitig das Erlöschen des bisher selbständigen Bildungsverbandes ein. Damit ist eine Reorganisation in der beruflichen Spezialisierung durchgeführt, die von einem großen Teil der Buch-

druckerkollegen schon seit Jahrzehnten als erstrebenswert beurteilt wurde. Es ist dadurch nicht nur eine weitestliche Vereinfachung des organisatorischen Aufbaues in allen Fachschaften der graphischen Arbeiterschaft eingetreten, es kann vielmehr das berufliche Fundament jedes einzelnen Kollegen in viel besserer Weise als bisher verfestigt und ausgebaut werden. Der obligatorische Bezug der Fachzeitschriften begünstigt eine mit der Zeit fortschreitende einheitliche Steigerung des beruflichen Wissens und Könnens, die sich besonders für das kollegiale Hand-in-Handarbeiten innerhalb der Betriebe für jeden einzelnen Kollegen und nicht zuletzt für das gesamte Gewerbe als lehrreich erweisen wird. Denn es dürfte wohl als selbstverständlich zu beurteilen sein, daß der Inhalt jeder einzelnen Fachzeitschrift in erster Linie der sogenannten Hausmannschaft, d. h. den Berufsmitgliedern der täglichen Praxis für alle Sparten, dienen wird; ebenso die örtlichen Fortkurse und Vorträge.

Eine solche einheitliche für alle Kollegen obligatorisch angelegte fachtechnische Fortbildung als berufliche Untermauerung zu beurteilen, mag auf den ersten Blick den Eindruck künstlicher Dekoration machen. Es wird sich aber in Zukunft zeigen, daß eine möglichst hochstehende Berufsqualifikation das sicherste Fundament für den Aufbau einer besseren Wirtschaftsform sein wird. Denn die gegenwärtige,

auf kapitalistischer Grundlage betriebene Wirtschaftsweise kann nur noch als Übergangsform zu einer höheren, der Gesamtheit des Volkes nützlicheren Wirtschaft beurteilt werden. Die auch auf Unternehmenseite des graphischen Gewerbes mit allen Kräften erstrebte Überwindung der für sie unträglich gewordenen Preis- und Konkurrenzbedingungen muß in absehbarer Zeit zu einer viel kräftigeren Verbindung der Einzelbetriebe, sowie zu einer nach Qualität und Quantität der Arbeitsaufträge abgestimmten Verteilung der gewerblichen Produktion führen. Eine solche Entwicklung, die geradezu zwangsläufig sein wird, muß aber auch die Verzerrung und Bewertung der menschlichen Arbeitskräfte im Produktionsgang eines jeden Betriebes eine ganz andere Bedeutung geben als heute. Es wird dadurch das Verhältnis zwischen Einzelunternehmer und seines Betriebspersonalen erst recht zu einer Schicksalsgemeinschaft werden, bei der berufliches Können und soziale Befähigung im Interesse beider Teile einander nicht nachsehen dürfen. Dieser sicher kommenden Gestaltung der Dinge auch im graphischen Gewerbe sich so rasch und gründlich wie möglich anzupassen, ist daher für jeden Kollegen, der bis heute den fachtechnischen Fortbildungsangelegenheiten etwas fähiger gegenüberstand, ein Gebot der Selbsterhaltung, aber auch Pflicht gegenüber dem Gewerbe und dem ganzen Volke!

Die Unternehmertagung war stark besucht. Etwa 1000 Personen waren erschienen. Den Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes vertraten Pressewart Pg. Reißig (Berlin) und Verbandsbeiratsleiter Pg. König (Dortmund). In seiner Begrüßungsrede betonte Albert Frisch (Berlin), daß die Teilnahme der Vertreter unseres Verbandes das tiefe Gefühl der Berufsverbundenheit befestige, das alle Gewerbeangehörigen, gleichviel, ob Arbeiter oder Unternehmer, zusammenjähle und zu einer Einheit führe.

Im Mittelpunkt der ganzen Tagung standen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Darüber berichtete Generaldirektor Dr. Woelck (Berlin). Zunächst beschäftigte sich der Redner mit den Ergebnissen der statistischen Feststellungen der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft. Er forderte ein Verbot der Neugründungen von Druckereien, eine gesetzliche Regelung, wonach neue Maschinen nur in besonderen Fällen zur Aufstellung kommen sollen, die Auflösung der Regie- und Hausdruckereien einschließlich der Gesangs- und Kofferdruckereien. Neben der produktiven Arbeitsbeschaffung müsse auch eine gerechtere Aufteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten auf die arbeitswilligen Hände erfolgen. Hierbei wurde die Verkürzung der Arbeitszeit ausführlich behandelt. Wörtlich sagte Dr. Woelck zu dieser Frage: „Zweifelloso bestehen nach wie vor nicht unerhebliche wirtschaftliche Bedenken gegen die Einführung der vierzigstündigen Arbeitszeit. Aber wir stehen andererseits auf dem Standpunkt, daß alle diese Bedenken zurückgestellt werden müssen und daß insbesondere auch betriebliche Schwierigkeiten, die sich sicherlich in reichlichem Umfang ergeben werden, in den Kauf genommen werden müssen. Wir beabsichtigen deshalb, in Übereinkunft mit unserem Vertragspartner eine Änderung der bestehenden Tarifbestimmungen dahin zu treffen, daß es sämtlichen Buchdruckereien ausdrücklich zur Pflicht gemacht wird, zwecks Verminderung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ausnahmslos unter Verkürzung der Arbeitszeit für den einzelnen Arbeiter auf durchschnittlich 40 Stunden in der Woche überall da, wo irgendwie die Möglichkeit dazu gegeben ist, eine entsprechende Mehrereinstellung von Arbeitskräften vorzunehmen. Betriebliche Schwierigkeiten, sofern sie überwindbar sind, dürfen hierbei kein Hindernis bilden. Ich sage: durchschnittlich 40 Stunden. Ob nun diese Verkürzung der Arbeitszeit auf durchschnittlich 40 Stunden durch Verteilung der Arbeitsstunden auf alle Wochentage oder durch Übergang zur Fünftagewoche oder zum Krümpersystem — zum wechselseitigen Ausweichen — erfolgt, das soll und muß natürlich der Entscheidung des Inhabers der Druckerei überlassen bleiben. Wir werden dann den Buchdruckereien aufgeben, bis zu einem bestimmten Termin dem für sie zuständigen Kreise des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu berichten, welche Maßnahmen sie in Auswirkung dieser Anweisung getroffen haben und zu treffen gedenken und hierbei Arbeitskräfte beizubehalten neuer Einteilung gelangen. Dabei sind auch die Betriebsabteilungen anzugeben, in denen die Arbeitsstreckung auf durchschnittlich 40 Stunden wöchentlich nicht vorgenommen werden kann, und die Gründe, warum diese Arbeitsstreckung etwa für un Durchführbar gehalten wird. Es soll dann in den Vororten der Kreise eine aus zwei Prinzipalen und zwei Gehilfen bestehende Kommission eingeleitet werden, die beauftragt ist, in all den Fällen, in denen die Arbeitsstreckung und die Mehrereinstellung nicht für möglich gehalten wird, beratend einzugreifen und gegebenenfalls für die Durchführung dieser Regelung zu sorgen.“

Kalender der Deutschen Arbeit 1934

Herausgegeben vom Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Staatsrat W. Schuhmann, W. d. R. Verlag der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SW 19, Inzellstraße 6a. Einzelpreis: 50 Rpf. Die Auslieferung des Kalenders erfolgt durch die 14 Bezirksleitungen des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes. Der vom NSD-Beirater Walter Schuhmann herausgegebene „Kalender der Deutschen Arbeit 1934“ steht einzig in seiner Art da. Der literarisch sehr wertvolle Teil wurde bestens von Max Barthel betreut, für den gesamten Inhalt zeichnet K. E. Haußlein verantwortlich. Aus dem durch seine hervorragende Bildausstattung — unter anderem ganz neue Bilder deutscher Arbeiterköpfe und deutscher Arbeitstätten — hervorstechenden Inhalt seien einige Aufzüge erwähnt, mit denen sich jeder schaffende Deutsche, ob Arbeiter, Angestellter, Unternehmer, Handwerker oder Gewerbetreibender befassen sollte.

Walter Schuhmann schreibt über den „Sinn des 2. Mai“, Reichsminister Dr. Goebbels über „Freiheit und Brot“, Johannes Engel über „Mittlerfüllung“, Hans Hinkel, W. d. R., untersucht die nationalsozialistische Revolution, die er als eine „Revolution des Geistes“ interpretiert. Seine Aufgabe als Treuhänder der Arbeit weist W. L. H. Höpfer, W. d. R., herausgearbeiteten und Reichsminister Franz Seldte befaßt sich mit der „Deutschen Arbeit“, Hans Kallias, der Hauptfachleiter des „Arbeiterturn“ und Leiter des Presseamtes der Deutschen Arbeitsfront, macht grundlegende Ausführungen über

„Die deutsche Arbeiterpresse“. Gruppenführer der SA, Staatsrat Karl Ernst, schreibt über „SA und Arbeit“ und K. E. Haußlein vergleicht den deutschen mit dem russischen Arbeitsmenschen, Ausführungen, mit denen sich alle die eingehend befassen sollten, die heute noch an den Wahn des Blutbolschewismus glauben. Der Stellvertreter des Führers des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Ludwig Bruder, widmet den Fragen der Volksgesundheit wertvolle Zeilen und Otto Gohdes, der Reichsschulungsleiter der NSDAP, und der WZJ, schreibt über die „Wissenschaft in Verbindung mit Arbeit und Volk“. Reichsleiter Eugen Hadamowits befaßt sich mit Fragen des Rundfunks und zum Schluß gibt Haußlein in noch statistische Berechnungen darüber, welche gewaltige Mengen Material und welche Unsumme von Arbeitskraft notwendig ist, um die Kleinauflage des „Kalenders der Deutschen Arbeit“ herzustellen.

Eine besondere Note erhält der Kalender dadurch, daß er im Kalendarium, für das Rolf Dreves verantwortlich zeichnet, die Taten der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung vollzählig bringt. Die Millionen schaffender Deutscher, die den Kalender benutzen, werden dadurch tagtäglich an diejenigen erinnert, die durch ihren Opfertod erst den neuen Staat der Arbeit mitgeschaffen haben.

Der „Kalender der Deutschen Arbeit“ gehört in jedes deutsche Haus als eine lebendige Verbindung des schaffenden Volkes mit seinen neuen Führern. Gerhard Starde.

Organisatorische Notwendigkeiten

Am 1. Oktober 1933 kommen zwei Anordnungen der Verbandsleitung zur Durchführung, die für den ungestörten Ablauf der Verbandsarbeit von größter Bedeutung sind. Es handelt sich dabei in erster Linie um die für den größten Teil der Mitglieder neue Bezugsweise des „Korr.“ und um die Spartengliederung, die mit dem obligatorischen Bezug der drei technischen Monatszeitschriften verbunden ist. Eine Reihe von Zuschriften und Anfragen zeigen, daß über diese Fragen immer noch nicht die notwendige Klarheit herrscht.

Der Bezug des „Korr.“ war bisher nicht einheitlich. Soweit es sich um die Mitglieder der Buchdrucker-Fachschaft handelt, wurde der „Korr.“ auch bisher schon durchweg durch die Post bezogen. Das geschah meist im Wege des Einzelbezugs, hier und dort auch durch betrieblichen Sammelbezug. Der größte Teil der Auflage für die drei anderen Fachschaften des Verbandes mußte aber durch Pakete und Streifenbänder verpackt werden. Diese ungleiche Belieferungsart führte zu mancherlei Unzuträglichkeiten, so daß sich die Verbandsleitung entschloß, eine einheitliche Belieferung durchzuführen. Als solche wurde die Belieferung durch die Post gewählt. Jedes Verbandsmitglied hat demnach den „Korr.“ beim zuständigen Postamt zu bestellen. Die Bestellung muß jeweils bis zum 25. des Monats für den folgenden Monat erfolgen. Wer also ab 1. Oktober pünktlich den „Korr.“ erhalten will, der muß die Bestellung spätestens bis zum 25. September ausgehen lassen. Für spätere eingehende Bestellungen erhebt die Post eine Zuschlaggebühr. Aus postalischen Gründen kommt für den „Korr.“ nur der Monatsbezug in Frage. Die Bezugsgebühr von 50 Pf. im Monat wird allen Verbandsmitgliedern bei der Beitragszahlung unter Vorlage der Postquittung voll anzurechnen. Das Bestellgeld von 6 Rpf. hat jedes Mitglied selbst zu tragen. Besonderen Wert legt die Verbandsleitung auf die Einzelbestellung. Die betriebsweise Bestellung ist nicht zu empfehlen, weil erfahrungsgemäß hierbei der „Korr.“ gar nicht in das Heim des Verbandsmitgliedes hineinkommt. Es ist aber zu wünschen, daß auch die Familienmitglieder den „Korr.“ lesen.

Die Anordnung der Verbandsleitung über die Vereinfachung der beruflichen Bildungsarbeit ist vielfach nicht richtig gedeutet worden. Die Anordnung hat nur das Ziel,

den Wirkungsgrad der beruflichen Schulung und der Fachzeitschriften zu steigern und das organisatorische Gerippe zu vereinfachen. Keineswegs sollte dadurch etwas zerstört werden, was vormem in mühseliger Arbeit und nach langen Erfahrungen errichtet wurde.

Die Spartengliederung ist ab 1. Oktober 1933 obligatorisch. Das gilt zunächst für die Mitglieder der Buchdrucker-Fachschaft, weil in den Fachschaften der Lithographen, Steindruckers sowie Buchbinder die Spartengliederung in der organisatorischen Form noch nicht vorhanden ist.

In diesem Zusammenhang ist auch der Hinweis angebracht, daß es nicht im Interesse einer fruchtbareren Bildungsarbeit und des graphischen Gewerbes liegt, wenn jetzt hier und dort etwas über die Bezug von anderen Fachzeitschriften eingeleitet wird, die bislang das Unterrichts- und Ausbaumaterial vervollständigen. Die Verbandsleitung hat nicht die Absicht, den Einfluß aller anderen Fachzeitschriften des graphischen Gewerbes auszuüben. Sie ist sich vielmehr dessen bewußt, daß die Mannigfaltigkeit des Fachzeitschriftenwesens ein bedeutender Faktor in der beruflichen Bildungsarbeit ist.

Allen Amtsvertretern des Verbandes und allen Spartenwarten wird die Bildungsabteilung des Verbandes demnächst in einem Mitteilungsblatt, das nach Bedarf erscheinen soll, die notwendigen Hinweise für die berufliche Schulungsarbeit geben. Die erste Ausgabe wird u. a. auch eine Zusammenstellung aller Materialien (Rundbroschüren, Vorträge, Lichtbilder, Fernkurse, Fachbücher) für die berufliche Schulung bringen.

Die Arbeitsgemeinschaft im graph. Gewerbe

Wohl von allen Gewerbeangehörigen wurde diesmal die Tagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Bad Nauheim mit Spannung verfolgt. War es doch die erste Hauptversammlung der Buchdruckerunternehmer, an der offizielle Vertreter des Arbeiterverbandes teilnahmen. Dazu kam, daß der „Korr.“ wochenlang vorher die gewerblichen Probleme nach allen Seiten beleuchtet und zum Schluß ein Programm veröffentlicht hatte, mit dem neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden sollten.

Nach diesen Ausführungen wurde für den Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes erklärt, daß man bereit sei, gemeinsame Taten vorzunehmen, zum Wohle des gesamten graphischen Gewerbes. Soweit unter den Arbeitgebern und unter den Arbeitnehmern noch Volksgenossen seien, die nicht im Sinne der Volksgemeinschaft dieses gemeinsame Handeln unterstützen wollten, werde sie durch die Not des graphischen Gewerbes dazu gezwungen. Die Not des graphischen Gewerbes wird sie zusammenheften. Beide, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, werden sich in den kommenden Wochen vor die Aufgabe stellen müssen, gemeinsame Wege zu gehen. Die Vorschläge, die die Verbandsleitung des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes im „Korr.“ der Öffentlichkeit bekanntgegeben habe, beweisen klar und deutlich, daß man nicht einseitig vorgehen, sondern zum Wohl des Gewerbes handeln will. Durch das Vorgehen beider Leitungen der Organisationen komme man dazu, daß im Einkommen mit der dritten Organisation, der Deutschen Arbeitsfront, alle Maßnahmen durchgeführt werden. Wenn die Vertreter der Arbeitnehmer heute sagen könnten, daß die Leitung der Arbeitgeberorganisation und die Leitung der Arbeitnehmerorganisation sich grundsätzlich einig seien, so habe man damit schon einen großen Vorsprung vor allen anderen Berufsgruppen. Beide Organisationen werden bei ihren Beschlüssen jeden Egoismus für eine Berufsgruppe, sei es nun der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, beiseite stellen müssen. Egoismus gehöre es für allemal der Vergangenheit an. In der Zukunft könne es für uns Nationalsozialisten nur noch einen Willen geben: den Willen der Volksgemeinschaft, den Willen, dem deutschen Volksgenossen, möge er nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein, seine Lebensmöglichkeit zu geben. Aber alle Volksgenossen, die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer, müßten sich darüber klar sein, daß sie in den kommenden Monaten vielleicht mehr denn je eigene Wünsche zurückstellen haben. Wehe dem Nationalsozialisten, der in einem Betriebe seine Arbeit nicht genügend zu verrichten gedenke und sich darauf berufe: „Ich bin Nationalsozialist!“ Ein Arbeitnehmer, der für sich das Recht in Anspruch nehmen will, Nationalsozialist zu sein, hat seine Arbeit besser denn jeder andere zu ver-

richten. Das gleiche gelte aber auch für die Arbeitgeber. Ein Arbeitgeber, der nationalsozialistisch organisiert sei, der das nationalsozialistische Abzeichen trage, und dessen Handlungen gegen den Nationalsozialismus seien, habe seine Ausübung verdient.

Die 40-Stunden-Woche oder 5-Tage-Woche müße große Massen der Arbeitnehmer wieder in den Produktionsprozess einführen.

Die vorstehenden Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Albert Frisch dankte den beiden Rednern für ihre Ausführungen und betonte, daß keiner unter den Anwesenden sich des großen Eindruckes dieser beiden Reden entziehen könne. Beide wären erfüllt gewesen von der Bereitwilligkeit, gemeinsam zum Wohle des Ganzen zu arbeiten. Das sei der richtige Weg, der uns weiterführe.

Darauf sprach Alexander Bartosch (Berlin) über Fragen der Preisgestaltung und Preisbindung. Auf Einzelheiten dieses Vortrages und die übrigen Gegenstände der Hauptversammlung werden wir in der nächsten Ausgabe zurückkommen.

Aus Anlaß der Kraheimer Hauptversammlung erschien die „Zeitschrift“, das Organ des Deutschen Buchdrucker-Bereins, am 8. September (Nr. 65) als Festausgabe. Die 42 Seiten starke Ausgabe umfaßt 18 Seiten Text und 24 Seiten Anzeigen. Der Text wurde auf der Linotype in Koch-Fraktur gesetzt. Eine Menge Muster- und Farbenscheiben schmücken das typographisch gut aufgemachte Heft.

Wer ist für Tarifstreitigkeiten zuständig?

Die durch die Übernahme der alten Gewerkschaften bedingte neue Lage im Rahmen der Sozialversicherung erforderte, daß auch in arbeitsrechtlichen Dingen nationalsozialistische Grundsätze verankert wurden. So mußte auch eine neue Instanz geschaffen werden zur Regelung der Tarifverträge. Es sehen sich heute nicht mehr wie früher die Tarifvertragsparteien einander gegenüber, und es feilschen nicht mehr die Syndici der Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaftssekretäre um ihre Belange, sondern die Macht und das Recht, Tarifverträge rechtsverbindlich abzuschließen bzw. zu verlängern, oder in bestehenden Tarifverträgen Änderungen vorzunehmen, ist durch das Gesetz vom 19. Mai 1933 über die Treuhänder der Arbeit auf diese übergegangen. In dem § 2 dieses Gesetzes ist die Aufgabe der Treuhänder wie folgt festgelegt:

1. Bis zur Neuordnung der Sozialversicherung regeln die Treuhänder an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgebern rechtsverbindlich für die beteiligten Personen die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen. Die Vorschriften über die Allgemeinverbindlichkeit (§§ 2 ff.) der Tarifvertragsverhandlung in der Fassung vom 1. März 1928, Reichsgesetzblatt 1, S. 47) bleiben unberührt.
2. Auch im übrigen sorgen die Treuhänder für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens.
3. Sie sind ferner zur Mitarbeit bei der Vorbereitung der neuen Sozialversicherung berufen.

Bei dem großen Ausmaß von Arbeit, die den Treuhändern durch diese Aufgabe zufällt, ist es ihnen natürlich vollständig unmöglich, in jedem Einzelfall, wo in irgend einem Betriebe ein Tarifbruch festgestellt wird oder jemand glaubt, auf eine tarifliche Behandlung Anspruch zu haben, einzugreifen. Die Treuhänder können nur kollektiv tätig sein, d. h. sie werden sich Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber als gewissermaßen Sachverständige oder Berater hinzuziehen, und dann ihre Entscheidung fällen.

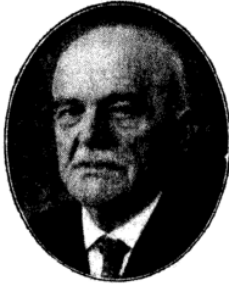
In keiner Weise ist durch irgend eine Bestimmung bisher der Inhalt des Betriebsratsgesetzes abgeändert worden. Es ist also nach wie vor Aufgabe der Betriebsräte, ausgleichend zu wirken, wie es der § 1 des BGG vorschreibt.

Wohl in den meisten Fällen wird der betroffene Arbeitnehmer sich an seinen Berufsverband wenden und entweder um Auskunft bitten oder sich durch ihn betreuen lassen. Soweit das nicht zugänglich ist, ist es jederzeit möglich, daß der zuständige Kreisbetriebsstellenrat eine Einigung verliert. Auch die Funktionen des Arbeitsgerichts sind in keiner Weise bisher irgendwie geändert worden, und die vielfach irrige Auffassung, daß die Treuhänder an Stelle des Arbeitsgerichtes getreten sind, muß nachdrücklich bestritten werden.

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß die Betreuung des Berufsverbandes durch die Rechtschutzstelle in Einzelstreitigkeiten durchaus zulässig ist und daß Streitigkeiten aus einem Dienstvertrage, bei denen keine gültige Vereinbarung erzielt werden kann, nach wie vor zur Entscheidung auf dem Rechtsweg vor das Arbeitsgericht gebracht werden können. Es ist jedoch anzustreben, daß in jedem Falle eine Einigung erfolgt, denn es sind heute ganz andere Aufgaben zu lösen, als durch den Austrag solcher Streitigkeiten, die in ihrer Bedeutung meistens überschätzt werden, die wieder im Aufbau begriffene deutsche Wirtschaft zu beunruhigen.

Greift jedoch ein solcher Streitfall in ein gewisses Tarifgebiet hinein, oder handelt es sich um grundsätzliche, im Tarifvertrag formulierte Bestimmungen, so ist zuständig zur Regelung der betreffende Treuhänder der Deutschen Arbeit.

60 Jahre Verbandsmitglied



Peter Hildebeutel in Doernschadt
Eingetretten: 22. September 1873 - Jetzt Invalide

50 Jahre Verbandsmitglied



Ernst Vetter in Magdeburg
Eingetretten: 23. September 1883 - Jetzt Invalide

Spende zur nationalen Arbeit

Zur Milderung und allmählichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann kein Opfer groß genug und zu schwer sein. Wer Beschäftigung und damit Verdienst hat, muß opfern. Es geht ihm — selbst wenn das Einkommen nur sehr mäßig ist — unendlich besser als den arbeitslosen Volksgenossen. Wiederum können wir eine Liste solcher Betriebe des graphischen Gewerbes veröffentlichen, die durch ihre Spenden zur nationalen Arbeit den Führer in seiner großen Aufgabe unterstützen:

W. Secoe AG („WZ“), Buchdruckerei und Verlag, Berlin:
Nach vorausgegangener Spende auf Sammellisten werden ab August von Löhnen und Angestelltengehältern der Druckerei bis auf weiteres 1/2 Prozent für je 50 RM. des Bruttoverdienstes (pro Monat rund 600 RM.) zur Förderung der nationalen Arbeit abgeführt. Daneben werden vom Personal des Verlages monatlich 1219 RM. gespendet.

Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Sauptverwaltung), Berlin:
Das technische Personal hat bei einer Sammlung im Monat Juli für die Förderung der nationalen Arbeit 216 RM. und im August für die Opfer der Arbeit 180 RM., zusammen 396 RM., gespendet. Ab 1. September läßt sich die Belegschaft jede Woche, bis auf weiteres, 1 Prozent und 2 Prozent, je nach Höhe des Lohnes, vom Wochenlohn abziehen.

Buchdruckerei Walter Hillger, Berlin W 57, Bülowstraße 56:
Sämtliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte der Firma beteiligen sich tatkräftig an der Spende der nationalen Arbeit. Sie haben sich bereit erklärt, 1 Prozent vom Bruttoeinkommen laufend an das Finanzamt für die Spende abzuführen.

Mineros-Druckerei GmbH, Berlin W 35, Dresdener Str. 43:
Auf Anregung der Betriebszelle spendet die gesamte Belegschaft fortlaufend für die Förderung der nationalen Arbeit, und zwar die Arbeiter 1/2 Prozent vom Lohn, die Angestellten 1 bis 1 1/2 Prozent vom Gehalt.

Firma Bernhard Paul, Berlin, Wilhelmstraße 22a:
Seit Anfang Juli 1933 werden von jedem Arbeitnehmer 1/2 bis 1 Proz. freiwillig an die Spende zur nationalen Arbeit abgeführt. Der Betrag beläuft sich mit der Spende der Firma monatlich auf etwa 65 RM. Ferner werden bei nicht zu vermeidenden Überstunden 20 Proz. des Überstundenverdienstes der Spende zugeführt.

Buchdruckerei Otto Walter, Berlin SW 19, Romanbantenstraße 44a:

Personal und Geschäftsleitung haben sich einmütig bereit erklärt, ab 1. September 1933 bis auf weiteres 1/2 Proz. des Gehalts bzw. Lohnes für die Spende zur nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen.

Buchdruckerei und Biskettenfabrik Gebrüder Hoelsch, Hamburg, Brandesende 12/14:

Die Belegschaft führt zur Förderung der nationalen Arbeit 1/2 Proz. vom Lohn und 1 Proz. vom Gehalt als laufende Spende ab.

J. P. Bachem GmbH, Köln:

Die Belegschaft der Firmen J. P. Bachem GmbH, und Ruda-Rilische-Fabrik GmbH, Köln, Marzellenstraße 35/41, beteiligte sich für August mit 294,95 RM. an der Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Ein ähnlicher Betrag kann jeden Monat abgeführt werden, da es sich fast nur um monatliche bzw. wöchentliche Spenden handelt.

Buchdruckerei Möller, Hannover, Calenberger Straße 50:

Die gesamte Belegschaft hat sich auf Anregung der Betriebszelle verpflichtet, bis auf weiteres 1 Proz. vom Netto-Lohn als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Carl Ermacora, Hannover, Am Taubensfeld:

Die Belegschaft der Firma hat sich verpflichtet, bis auf weiteres 1/2 Proz. ihres monatlichen Einkommens als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Hannoverscher Anzeiger, Hannover, Anzeiger-Hofhaus:

Die Belegschaft hat sich verpflichtet, bis auf weiteres 1/2 bis 1 1/2 Proz. ihres monatlichen Einkommens als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Gebr. Jänecke, Hannover, Osterstraße:

Auf Anregung des Betriebsrates wurde durch Sammlung unter der Belegschaft am 14. Juli 171,25 RM. und am 22. August 104,25 RM. zur Förderung der nationalen Arbeit gezeichnet.

Buchdruckerei E. Bestheim, Wertheim a. M.:

Zur Förderung der nationalen Arbeit führt die Belegschaft regelmäßig 1 Proz. ihres Bruttolohnes ab. Außerdem beteiligte sich jeder Betriebsangehörige bei Veröffentlichung des Aufrufs mit einer einmaligen Spende.

Frankfurter Societätsdruckerei (Frankfurter Zeitung), Frankfurt a. M.:

Die Arbeiter und Angestellten der Frankfurter Societätsdruckerei (Frankfurter Zeitung) zeichneten bis zum 28. August 1933 1596 RM. als Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Die Spenden werden fortgesetzt.

H. G. Münchmeyer, Niederledig (Sa.):

Die Belegschaft spendet bereits seit dem 1. Juli 1933 bis auf weiteres 1 Proz. des Gehaltes bzw. des Lohnes als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit.

Mannheimer Tageblatt, Mannheim:

Für die Spende zur nationalen Arbeit hat die Belegschaft des „Mannheimer Tageblatt“ diesen Monat wieder 115,70 RM. an das Finanzamt Mannheim abgeführt. Die Spende ist bis auf weiteres vorgesehen.

Korrespondenzen

Berlin (Zeitungslöhnhändler). Am Sonntag, dem 10. September, vormittags 10 1/2 Uhr, fand in den Arminkälen in der Kommandantenstraße eine Versammlung der Zeitungslöhnhändler des Scharloer Teiles statt. Von den etwa 400 Lohnhändlern war ein großer Teil anwesend. Der Verbandsparlamentarier, Hg. K o h l m o r g e n, eröffnete die Versammlung und begrüßte den Verbandsfachschaftsleiter, Hg. B a c h e n, und den Verbandsbeiratsfachschaftsleiter, Hg. B a c h e n. Hg. Bachem sprach über die Gründung der Gewerkschaften, über ihren Aufbau, Zweck und Ziel, und betonte dabei, daß die Gewerkschaften bald eine große Macht verkörpern, die sie aber nicht ausnutzen konnten, da eine immer größer werdende Botschaft sie nicht griff, die nur an sich selbst, nicht aber an die Arbeiter dachte, die ihre Gedanken opferten, um im Notfall eine Stütze an der Gewerkschaft zu haben. U. a. führte Hg. Bachem einen Auspruch August Rebels an: „Die Wunden am sozialen Körper des Volkes müssen offengehalten werden, denn ein zufriedener Arbeiter geht der Partei verloren.“ Mit seinen Ausführungen sollte klargestellt werden, wie wenig die unter marxistischer Leitung gehandhabten Gewerkschaften für die Arbeiter getan hätten. Dann behandelte der Redner die Übernahme der Gewerkschaften am 2. Mai durch die Beauftragten der NSD, und verklärte den Anwesenden, daß die neue Leitung nichts zerklüffeln, sondern aufbauen wolle und daß dabei jeder Arbeiter helfen müßte, damit er sich voll Stolz zu dem neuen Staat betonen könne. Nicht das Kapital, nicht die Maschinen, sondern der Arbeiter und seine Arbeit seien das Wertvollste. Hg. Bachem forderte dann zum Eintritt in den Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes auf und benannte mit einem dreifachen „Geg Heil!“ auf den obersten Führer und den Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. L e n g, seine Rede. Hg. Bachem sprach darauf über die rechtliche Stellung der Lohnhändler. Wer da glaube, der Händler sei eine Nebenbeschäftigung im Betrieb, der stehe auf einem ganz falschen Standpunkt. Wer seine Pflicht erfülle und arbeite, habe schließlich auch Rechte; die hatte aber der Zeitungslöhnhändler bis jetzt nicht. Der Verband wird es als seine Aufgabe betrachten, die alten bekannten Mißstände so bald wie möglich zu beseitigen. Aber die Händler sollten sich auch alle organisieren und so die Voraussetzungen schaffen, daß etwas getan werden könnte. Lebhafter Beifall folgte auch diesen Ausführungen. Dann gab Hg. K o h l m o r g e n noch einige Mitteilungen, dankte den beiden Rednern und schloß um 12.30 Uhr die Versammlung.

Berlin. Die Belegschaft der Sells-Egster-WG. hielt am 24. August eine Versammlung in den Kammerkälen, Teltower Straße, ab, die fast befrucht war. Nach wie vor es gelungen, die gesamte Belegschaft so vollständig zu verklammern. Über 600 Arbeitskameraden waren erschienen. Zuerst stellte Hg. S e i n die neuen Betriebsräte vor und wies auf die letzten Ereignisse im Betriebe und die Arbeiten des neuen Betriebsrates hin, wobei er betonte, daß von den

marxistischen Vorgängern viel gefördert worden, und daß es nun die erste Aufgabe des neuen Betriebsrates sei, alle diese Sünden wieder gutzumachen. Hierauf umfißte H. S. ein Ziel die Bedeutung und Ziele der Deutschen Arbeitsfront und des ständigen Aufbaues unter besonderer Berücksichtigung des graphischen Gewerbes. Die Eigenart des Buchdruckgewerbes hätte es verhindert, daß hier die Arbeit jemals ganz in stumpfsinnige Maschinenarbeit ausgearbeitet sei. Die großen Schulungs-, Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Deutschen Arbeitsfront würden gerade beim Arbeitsmenschen des graphischen Gewerbes auf besonders fruchtbaren Boden fallen und würde aus aller feilschen Verkümmern und geistigen Verarmung zu neuem Leben emporsteigen. Der Arbeiter steht es heute schon, wie ernst es uns mit dieser Arbeit sei; der vielleicht noch Bedenklische und Abwägende bringe uns sein Vertrauen in wachsendem Maße entgegen. Ein ganz neuer Menschentyp würde aus dieser Schulungs- und Erziehungsarbeit herauswachsen, der deutsche Herrmann, der sich mit Recht des Wertes seiner Arbeit bewußt sei. Nach einer Pause folgte eine Aussprache einzelner Zeilenmitglieder, in der kleinere Fragen des Betriebes erörtert wurden. H. S. wies am Schluß noch darauf hin, daß im Betriebe ausnahmslos für alle der deutsche Gruß gilt; die Vertrauensleute haben auf genaue Durchführung zu achten. Mit einem „Sieg Heil!“ auf den Führer schloß die eindrucksvolle Versammlung.

Borna (Bezirk Leipzig). Der Kreis Borna hielt am 2. September 1933 die erste Versammlung seit der Machtübernahme ab. Bei gutem Besuche eröffnete H. S. (Chemnitz) die Versammlung. Eingangs schilderte er kurz den Aufbau des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes. Der Redner sprach kurz über das Führerprinzip, das auch in unserem Verband an Stelle der früheren demokratischen Verwaltung tritt (Abstimmung, Wahl usw.). Anschließend schilderte der Verbandsleiter H. S. (Chemnitz) in treffenden Worten den ständigen Aufbau im nationalsozialistischen Staat und sprach dann über die Berufsvertretung des deutschen Arbeiters. Er ermahnte die verschiedenen Berufsgruppen, auch weiterhin zu kämpfen und das Ertrugene als Erfolg des Einjähres ihres Glaubens an Deutschland anzusehen. Anfragen wurden nicht gestellt. Es ist dies ein Zeichen, daß der „Korr.“ in Borna fleißig gelesen wird. Zum Schluß bat H. S. (Chemnitz), nicht absteits zu gehen und noch fernstehende zur Organisation heranzuziehen. Wenn marxistische Elemente glauben, verstoßen Sabotage treiben zu können, so werden diese rüchloslos zur Verantwortung gezogen. Mit einem dreifachen „Sieg Heil!“ auf unseren Führer und Volkstanzler wurde die Versammlung geschlossen.

Braunschweig (Maschinenschere). Nachdem nun auch hier in Braunschweig der Vorstand der Maschinenerschere gleichgeschaltet wurde, stieg am Sonntag, dem 3. September, die erste Veranstaltung des Winterhalbjahres 1933/34. Die Kollegen waren eingeladen worden, sich an der Beschäftigung des neuen Doppeldeckers der Firma Georg Westermann zu beteiligen. Dieser Einladung hatten fast alle Mitglieder der Sparte Folge geleistet. Nachdem der Betrieb pünktlich 10 Uhr betreten worden war, begaben wir uns sogleich in den Schweißraum, wo Kollege „Bart“ hawker uns in sehr ausführlicher Weise mit den Neuerungen des Doppeldeckers vertraut machte. Anschließend fand ein Rundgang durch den Betrieb statt, bei dem der Vertreter der Firma, Herr Beder, die Führung übernommen hatte. Es wurde uns allen viel Neues geboten, denn Herr Beder gab sich die redlichste Mühe, alle an ihn gerichtete Fragen so verständlich wie nur irgend möglich zu beantworten. Als wir dann nach 2 1/2 stündiger Wanderung durch sämtliche Räume des Betriebes das Eingangstor wieder erreicht hatten, sprach Kollege Witt Herr Beder für seine lehrreichen Worte den herzlichsten Dank aus und bat anschließend die Kollegen, zu der demnächst stattfindenden Versammlung ebenso zahlreich zu erscheinen.

Oberode. Am 20. August 1933 fand im Hotel Kaiserhof eine Werbeversammlung des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes statt. Der Verbandsleiter H. S. (Chemnitz) eröffnete die Werbeversammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Volksgenossen aus dem graphischen Gewerbe. Er wies auf die Eröffnung und Zuführung der nicht organisierten Berufsangehörigen in den Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes hin. Der Verbandsleiter Hermann Kordowski (Allenstein) gab Aufstellungen über den Aufbau, das reifste Zusammenarbeiten der Mitglieder des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes. Nach den eingehenden Ausführungen sind nunmehr alle Berufsangehörigen im Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes erfasst. Ebenso sind die Berufsangehörigen in Heidenburg, Hohenstein, Wartenburg und Liebenhüll, die zum Verbandskreis Allenstein gehören, im Deutschen Arbeiterverband des graphischen Gewerbes vereint.

Hehndt. Am 4. September wurde hier für die Handwerker die Gleichschaltung vorgenommen. Als Bildungswart wurde Kollege H. S. (Chemnitz) bestimmt. Mit der Bildungsarbeit soll baldmöglichst wieder begonnen werden. Um die Abende etwas reicher und gleichzeitig auch etwas interessanter zu gestalten, wird ein Film-Apparat beschafft. Als Tagungsort soll ein städtischer Raum genommen werden.

Stuttgart (Maschinenschere). Am 20. August 1933 fand im festlich geschmückten Stadtpark-Saal in Schwäbisch-Gmünd unsere Wanderversammlung statt. Der Versammlung voraus ging die Ernung von 17 Kollegen anlässlich ihrer 25jährigen Spartenzugehörigkeit. Das Städtische Orchester Schwäbisch-Gmünd brachte einleitend den Marsch „Willkommen“ zu Gehör, worauf Kollege Fr. K. (H. S.) die Kollegen mit ihren Angehörigen und besonders die Jubilare willkommen hieß. Besonders willkommen hieß er den Verbandsleiter, H. S. (Chemnitz), Kreisleiter H. S. (Chemnitz) und den H. S. (Chemnitz) als Vertreter der NSD. In einer Ansprache gab H. S. (Chemnitz) seinen Freude darüber Ausdruck, daß es ihm möglich sei, im Kollegenfreize einen Tag zu verbringen, der uns trennt von Arbeit und Mühe. Dabei gedachte er der Kollegen, die schon jahrelang vergeblich darauf warten, Arbeit und Brot zu erhalten. Er gab eine kurze Schilderung über Zweck und Ziele des Nationalsozialismus, über die seit Übernahme der Führung geleistete Arbeit und die Vorteile des Geschehens am 2. Mai im Interesse der Arbeiterschaft. Dabei betonte er,

daß der Nationalsozialismus halte, was er verspreche. In seinen weiteren Ausführungen ging er auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm ein. Er wies bei dieser Gelegenheit das Gerücht, der NS-Kurier werde in Zukunft sämtliche Zeitungen mit Matern beliefern, als unmaß zurück und teilte mit, daß gerade das Gegenteil der Fall sei: überall dort, wo Sekundärmaschinen zur Verfügung stehen, müßte die Zeitung im Satz hergestellt werden, was gleichzeitig eine Einschränkung des Maternbezuges darstelle. Die nationalsozialistische Revolution habe für das graphische Gewerbe einen gewissen Notstand gebracht, der aber raschmöglichst wieder beseitigt werde. Bezüglich der Neuregelung der Organisationsfrage machte H. S. (Chemnitz) darauf aufmerksam, daß in Zukunft jeder Kollege ohne Ausnahme Mitglied seiner Organisation sein müßte; ein Beiseitstehen könne es nicht geben. Beweisen sei, daß manche Verbände zusammengebrochen hätten, wenn die Nationalsozialisten nicht eingegriffen wären. Durch die Lehre des Nationalsozialismus, daß nicht Geld, sondern der Klassenkampf von allen Seiten ein Ende bereite. Der Führer Adolf Hitler, selbst aus den Reihen der Arbeiterschaft hervorgegangen, werde mit eigener Energie zur Durchführung bringen, was er sich vorgenommen habe. Mit dem deutschen Gruß und dem Wunsch, daß jeder auf seinem Posten zum Wohl und Glück des Ganzen unter rücksichtslos Vertrauen mitarbeiten möge, schloß der Verbandsleiter seine Ausführungen. Namens der Kollegen von Schwäbisch-Gmünd begrüßte nun der Kollege H. S. (Chemnitz) die Versammlung. Er gedachte der Zeit der Gründung des Vereins durch einige wenige Kollegen bis zur heutigen Entwicklung mit einem Mitgliederstand von über 500 Kollegen. Als Einleitung zu der sich anschließenden Jubilarezerung intonierte das Orchester die Duertüre zu „Dichter und Bauer“. Kollege K. (H. S.) erwähnte zunächst die Vorkämpferleistungen der Maschinenerschere und betonte, daß durch gegenseitige Aussprache unter den Kollegen die Weiterbildung im Beruf gefördert worden und mancher Kollege erst dadurch zum Mitglied geworden sei, was er heute ist. Den Jubilaren wurden für ihre langjährige Treue und Mitarbeit herzliche Dankesworte zuteil. Kollege Ströble (Heilbronn) übernahm es, den Dank der Jubilare für die Ernung zum Ausdruck zu bringen. Als Andenken an ihren Ehrentag wurde den Jubilaren eine geschmackvoll ausgeführte Plakette überreicht. Während der nun folgenden Tagung der Wanderversammlung fand für die zahlreich erschienenen Familienangehörigen eine Führung durch die alte Reichshaupt Schwäbisch-Gmünd mit ihren Sehenswürdigkeiten statt. Die Wanderversammlung wurde durch den Kollegen Kohrausch eröffnet; dieser gab gleichzeitig bekannt, daß der Verbandsleiter bereit sei, Anfragen zu beantworten. Von dieser Möglichkeit wurde in einem Falle Gebrauch gemacht. Nach Erledigung folgte ein Kurzreferat des Kollegen Kohrausch über „Die Tarifierung der Leistungen an der Sekundärmaschine“. Mit diesem Vortrag und einem kurzen Schlußwort fand die harmonisch und eindrucksvoll verlaufene Wanderversammlung ihren Abschluß. Am Nachmittag trafen sich die Kollegen mit ihren Angehörigen im Stadtpark zu einem gemütlichen Zusammensein.

Allgemeine Rundschau

Große Meisterkurie der Stadt Frankfurt a. M. Die von der Stadt Frankfurt a. M. mit Unterstützung des Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, dem Bezirksverband Wiesbaden und den Handelstammern Wiesbaden-Frankfurt a. M. und Kassel veranstalteten Großen Meisterkurie bezwecken in erster Linie, Handwerksmeistern die Möglichkeit zur weiteren vervollständigung und Befähigung mit den technischen Neuerungen zu geben. Sie dienen aber auch strebenden Gehilfen zur Vorbereitung für die Meisterprüfung. Im Winterhalbjahr 1933/34 werden folgende fünf Große Meisterkurie in der Frankfurter Berufsgruppen durchgeführt: Elektro-Instalateure, Buchdrucker, Maler, Schreiner und Schlosser-Gewerbe. Die Kurse liegen in der Tageszeit. Sie beginnen am Montag, dem 30. Oktober und schließen am Samstag, dem 7. Dezember. Die Eröffnung der Kurse erfolgt, wenn eine genügende Beteiligung gesichert ist. Jeder Kursus umfaßt rund 300 Unterrichtsstunden. Er zerfällt in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Es ist den Kuristen überlassen, den Kursus ganz oder nur einen Teil zu belegen. Der Beitrag für den Gesamtkursus ist auf 50 RM., für den Teilkursus auf 30 RM. festgesetzt. Im Anschluß an die Große Meisterkurie kann bei fast allen Berufsgruppen die Meisterprüfung in den zuständigen Kammerbezirken oder mit besonderer Genehmigung der Innung des Bestimmungsortes in Frankfurt a. M. abgelegt werden. Gesuche um Aufnahme sind bis 15. Oktober 1933 schriftlich oder persönlich einzureichen. Dem Gesuch ist beizufügen ein Lebenslauf, Zeugnis-Abchriften über die praktische Tätigkeit und über eine nachweisbare theoretische und zeichnerische Weiterbildung. Dem Kuristen wird auf Wunsch in Frankfurt am Main eine gute und sehr preiswerte Wohn- und Frühstücksgellegenheit nachgewiesen. Durch die Schulpflicht ist für ein gut bürgerliches und preiswertes Mittagessen gesorgt. Weitere Auskunft erteilt und Anmeldung nimmt entgegen die Geschäftsstelle der Großen Meisterkurie Frankfurt a. M., Molte-Allee 22.

Bereitstellung der Wirtschaftswerbung. Am 12. September 1933 ist ein „Gesetz über Wirtschaftswerbung“ in Kraft getreten, das aus sechs Paragraphen besteht. Danach unterliegt das gesamte öffentliche und private Werbungs-, Anzeigen-, Ausstellungs-, Messe- und Klammerwesen der Aufsicht des Reiches. Die Aufsicht wird durch einen Berater der deutschen Wirtschaft ausgeübt. Dessen beruft der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. In der Begründung zu dem neuen Gesetz wird darauf verwiesen, daß das heutige Werbe- und Klammerwesen an einer starken Zerplitterung bei brauchbaren und sogar herotragenden Eingelieferungen leide. Einen schweren Mangel bildeten die Missstände, die sich auf dem Gebiete des Anzeigenwesens entwickelt hätten. Die Wirkung jeder Propaganda sei abhängig von der Glaubwürdigkeit, die man dem Träger entgegenbringen könne. Alle Anzeigen müßten daher wahr sein und jede Täuschung des in- und ausländischen Publikums ausschließen. Weiter wird in der Begründung als

bringend erforderlich die Beteiligung des Anzeigenwesens bei Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, der unaufrichtigen Konkurrenz bei der Anzeigenvermittlung, Aufrechterhaltung der Anzeigenartikelfreie, die Regelung der Stellung der Anzeigenexpeditionen zu den Verlegern bezeichnet. Die Anzeigen der deutschen Firmen müßten würdevoll sein. Das Gesetz hat zum Ziele, marktgerichteten Werbungen und großartigen Geschmacksverirrungen entgegenzutreten. Auf ähnliche Schwächen und Fehler wird in der Begründung auch hinsichtlich des Messe- und Ausstellungswezens hingewiesen. Die Begründung bezeichnet als einzige Möglichkeit, diesen Umständen entgegenzuwirken, die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Führung durch das Reich. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat hat sich eingehend mit der Frage befaßt, und Vorschläge gemacht, die sich mit dem Inhalt des Gesetzes weitgehend decken. Im allgemeinen soll Wirtschaftswerbung nur der betreibenden Firmen, dessen Zuverlässigkeit für diese Aufgabe feststeht. Er ist dabei besonderen Bedingungen und außerdem der Entziehung einer Abgabe unterworfen. Durch diese Abgabe darf die Wirtschaft nicht belastet und die Werbung nicht verteuert werden. Es besteht in allen Fachkreisen Einstimmigkeit darüber, so wird in der Begründung ausgeführt, daß diese Abgabe von den Werbeauftraggebern leicht getragen werden kann, weil der Vorteil eines ehrlichen und zuverlässigen Klammerhandels und der Fortfall des unaufrichtigen Wettbewerbs außer Verhältnis zu dieser Belastung steht.

Gegen Doppelverdienere im Journalismus. Der Vorsitzende des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse (Redakteur-Organisation), Graf von Schwerin, erläßt an alle Mitglieder folgenden Aufruf:

„Die Pflicht, auch unersetzlich für eine möglichst weitgehende Arbeitsbeschaffung zugunsten der stellungslosen hauptberuflichen Journalisten Sorge zu tragen, liegt auch dem Verband der rheinisch-westfälischen Presse und seinen Mitgliedern ob. Der Verbandsvorsitzende macht es daher den Mitgliedern des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse zur Pflicht, von jeder Form der Doppelverdienerei Abstand zu nehmen. Er bittet deshalb, sämtliche im festen Arbeitsverhältnis stehenden Journalisten in Rheinland-Westfalen ihr Arbeitsverhältnis zu anderen Zeitungen und zu Korrespondentenbüros jeder Art zu lösen, um dadurch stellungslosen Kollegen und freien Journalisten die Möglichkeit journalistischer Arbeit zu verschaffen. Bei Lösung dieses Arbeitsverhältnisses sind den Zeitungen und Korrespondentenbüros stellungslose Journalisten namentlich anzugeben, die in der Lage sind, die Arbeit zu übernehmen.“

Im neuen Reich und im Zeichen der vom Reichkanzler Adolf Hitler eingeleiteten Arbeitsbeschaffungssaktion ist es unmöglich, daß ein Mitglied des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse nach dem 1. Oktober seinen stellungslosen Kollegen noch dadurch Arbeit wegnimmt, daß er für andere Zeitungen und Korrespondentenbüros arbeitet.

Der Vorsitzende wird nach dem 1. Oktober gegen alle Mitglieder des Verbandes disziplinär einschreiten, die sich dann noch der Doppelverdienerei zum Schaden ihrer arbeitslosen Kollegen schuldig machen.

Wir weisen nicht daran, daß dieses konsequente Vorgehen der rheinisch-westfälischen Journalisten vom Reichsverband aufgegriffen und dann für alle deutschen festangestellten Redakteure verbindende Verpflichtung haben wird.

Ein Treuhänder der Arbeit für Danzig. Die bereits von Staatsrat Forster angeordnete Verordnung zur Erhaltung und Vermehrung von Arbeitsgelegenheiten in Danzig ist nunmehr ergangen. Ein kurzer Überblick über das Gesetz zeigt, daß hiermit auch für die Stadt Danzig eine soziale Tat durchgeführt ist, wie sie in der Geschichte der Sozialpolitik einzig dasteht. Im einzelnen beziehen sich die Bestimmungen auf einen Steuernachlaß bei Neueinstellungen, auf besondere Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern und älteren Angestellten bei der Stellenbelegung, auf einen erhöhten Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmer und auf die Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft. Besondere Bedeutung hat die Schaffung eines Treuhänders der Arbeit für die freie Stadt Danzig. Bis zur Neuregelung des Sozial- und Arbeitsrechts ordnet dieser im Rahmen der Verfassung von Amts wegen rechtsverbindlich für die beteiligten Personen die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen. Ferner hat der Treuhänder der Arbeit die Bedingungen für den Abschluß von Betriebsvereinbarungen, insbesondere zur Schaffung oder Änderung von Arbeitsverordnungen oder Dienstvorschriften, zu regeln. Die Senatsverordnung enthält außerdem noch einen weitgehenden Kündigungsschutz. Danach sind Inhaber oder Leiter von Betrieben verpflichtet, falls sie das Arbeitsverhältnis eines Arbeitnehmers aufkündigen wollen, mindestens eine Woche vor der Kündigung dem Präsidenten der Hauptwirtschaftskammer Anzeige zu erstatten. Ohne eine solche fristgerechte Anzeige ist eine Kündigung rechtsunwirksam. Zu erwähnen ist schließlich noch eine Bestimmung, die dem Senat das Recht gibt, preisregulierende Maßnahmen zu treffen, also wirtschaftlich ungerechtfertigte Preisserhöhungen zu verhindern und wirtschaftlich schädigende Preisunterbietungen auszuschließen.

Buchdrucker

Statistikarten einsehen!
Spätester Einlieferungsstermin für September: 1. Oktober. Statistika für die Zahlung der Arbeitslosen: 30. September. Auf richtige Frankierung ist zu achten.

- Veressenveränderungen**
- Buer i. Weßl.** Verbandsleiter: Josef Dille, G. Buer, Kautschuk 7, Erfüllungsamt: Max Gruber, G. Buer, 3m. Quartiermeister 12.
 - Gelle.** Verbandsleiter: Pa. Hans Kamp, Gelle i. S., Stübchenstraße 46.
 - Gelsenkirchen.** Verbandsleiter: S. Pöhrmann, Gelsenkirchen, Breinstraße 72; Kreisamtswart: Fritz Krauß, Gelsenkirchen, Waldemarstraße 7; Verbandsleiter: Hans Klettenberg, Gelsenkirchen, Schalkerstraße 88; Kreisamtswart: Fritz Krauß, Gelsenkirchen, Waldemarstraße 7.
 - Nordlingen.** Erfüllungsamt: Karl Bauer, Nordlingen, G. 351/1.
 - Teis** (Schlesien). Verbandsleiter: Walter Zirefer, Teis (Schlesien), Derrnstraße 9.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Verbandsleituna. Das dem Seher John Wener aus Lübeck gehörende Lüttichsbuch, Gau Mecklenburg-Lübeck Nr. 2204 (Lüttichsbuch Nr. 43/978), ist auf der Reise von Berlin nach Lübeck gefahren worden. Das Buch wird hiermit für unanfällig erklärt. Wird es vorgelesen, so ist es abzunehmen und der Verbandsleitung einzuhandeln. Es hat von der Verbandsbesitzleitung Berlin-Brandenburg ein neues Buch erhalten.

Verbandsleituna. Das dem Seher Krana Kubnast aus Wiesbaden gehörende Lüttichsbuch, Gau Mittelrhein (Lüttichsbuchnummer 12 544), ist ihm auf der Reise in Lübeck gefahren worden. Das Buch wird hiermit für unanfällig erklärt. Wird es vorgelesen, so ist es abzunehmen und der Verbandsleitung einzuhandeln. Es hat von der Verbandsbesitzleitung Berlin-Brandenburg ein neues Buch erhalten.

Der Seher John Wener hat sein Lübeck-Mecklenburg-Lübeck Nr. 2204 auf der Reise nach Zandau in einem Auto fahrend gefahren. Der Seher des Saagens hat das Buch bei der Verbandsbesitzleitung III Berlin-Brandenburg, Sachschaff-Bücherei, Berlin SO 16, Engländer 24/25, abgeliefert. Das Verbandsinitiativ wird um Angabe seiner Adresse arbeiten, damit ihm das verlorene Buch zugesandt werden kann.

Notum. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung kann von jetzt ab nur morgens geschehen, und zwar von 10 bis 12 Uhr, im Büro, Viktoriastraße 24, Haus der Arbeit, Besuchsrechte erhalten keine Unterbrechung.

Bitte. Die Auszahlung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung finden beim Kollegen Friedrich Stellios, Hannoverstraße 17, Bettungsloft an der Schwedendamm, statt.

Colibus. Die Arbeitslosenunterstützung zahlt Erich Günter, Colibus, Wolfstrasse 39, Hof rechts, 1. Tr., Zeit der Auszahlung: 12 bis 14 Uhr.

Schmidt (Der). Die Auszahlung des Blattums ist gesichert.

Besonders rühmlich ist jetzt mal wieder ein Herr Waagner, Generalbetriebsrat des „Stellos“-Klischierverfahrens in Mannheim, der die Firma Löffler, Heidelberg, vertritt. Seine Anpreisungen sprechen für sich selbst und sollen daher im Auszug wiedergegeben werden:

Ihr sehr geschätztes Schreiben wird mir von Herrn Hanns Löffler zur Erledigung übergeben. Die Verzögerung wollen Sie gütig entschuldigen, Herr Löffler ist seit Monaten überlastet, während früher grundsätzlich nur ein Schüler jeweils ausgebildet wurde, mussten jetzt Wochen drei, vier und fünf in einer Ausbildung zusammengefasst werden, um nicht allzulehr in Rückstand zu kommen.

Das „Stellos“-Klischierverfahren gestattet Ihnen die Selbstherstellung von Autotypen im eigenen Hause, durch irgendeinen Ihrer Angestellten, also ohne Fachleute, bei denkbar geringsten Aufwänden und in ausgezeichneter Bildqualität.

Das Verfahren kostet 2000 RM. ab Heidelberg. In diesem Preise eingeschlossen ist die Lieferung: einer kompletten Apparatur (ohne Glühbirnen), eines Spezialträgers, 13 mal 18 cm, 30-linig, eines Spezialträgers, 24 mal 30 cm, 30-linig, einer Gebrauchsanweisung,

Rachweis eines lizenzfreien Klebemittels, Druckverfahren mit automatischer Zurichtung, achtstündiger Ausbildungskursus in der Lehrwerkstatt Heidelberg, der für vertraglicher Verpflichtung so gründlich erfolgt, daß unbedingte Gewähr zur sicheren Ausübung des Verfahrens geboten ist.

Für die laufenden Herstellungskosten ist es besonders wichtig, daß Sie die Klischees durch irgendeinen Ihrer Angestellten — wenn möglich mit photographischen Kenntnissen, aber nicht unbedingt erforderlich — herstellen lassen, da die hohen Speziallöhne von Chemigraphen und Photographen die Herstellungskosten beträchtlich steigern. Man kann nicht beurteilen, ob das „Stellos“-Verfahren tatsächlich diese Vorzüge in der Praxis besitzt. Aber eine derartige Kalamität in der heutigen Zeit, in der über 50 Prozent Chemigraphen arbeitslos sind, in der die bestehenden Anhalten fast alle vor dem Ruin stehen, ist sicher nicht angebracht.

Wir Chemigraphen sind niemals gegen den technischen Fortschritt gewesen. Wir sind keine Maschinenkürmer und wollen nicht die Entwicklung des Gewerbes aufhalten. Wenn aber ungelernete Arbeiter herangezogen werden, um einer Gewerbe weiter mit Arbeitskräften zu übersehen, wenn jede Zeitung mit diesen Leuten ihr Klischeebetriebchen aufmachen kann, dann wissen wir nicht, wie wir jemals wieder unsere Arbeitslosen in den Produktionsprozess einschalten können.

Albert Frisch, Berlin.

übereinanderpassen. Beim Farbendruck ist es von ganz besonderer Bedeutung.

ist eine Form ausgedruckt, so muß der Hilfsarbeiter die Druckform fortzuschaffen. Dazu muß die Form aus den Schließrahmen genommen werden. Um das Zusammenfallen der Form zu verhindern, wird sie ausgebunden, d. h. die einzelnen Kolumnen werden mit einer Schnur umwickelt. Wird diese Arbeit ungeschickt ausgeführt, so fällt die Form ein.

Eine ausgedruckte Form muß vom Hilfsarbeiter besonders gut gereinigt werden, weil beim Handlag die einzelnen Typen vom Setzer wieder in die Gießkästen abgelegt werden. Aus dieser kurzen Ausführung ergibt man, daß die Arbeit eines Hilfsarbeiters im Buchdruck doch nicht so einfach ist und nicht von irgend einem Angelernten ausgeführt werden kann. Der Hilfsarbeiter ist die rechte Hand des Geßlers.

Verzichtung. Im Artikel „Die arbeitsrechtliche Stellung der Lohnzeitungsanhänger“ in Nr. 52, Seite 337, ist ein Druckfehler enthalten, der hiermit berichtigt wird. Im letzten Absatz, vierte Zeile muß es heißen: „Zu bewerten insofern, als tarifliche Vereinbarungen zu treffen sind, die genau und verbindlich Entlohnung, Kündigungsschutz, Urlaub, Schutz vor Entlassung bei Krankheitsfällen usw. festlegen.“

Verbandsbesitz X, Mitteldeutschland.

Zum Sachschaffswart für Hilfsarbeiter ist Walter Müller, Curt, Koonstraße 35, ernannt.

Verbandsbesitzleituna III, Berlin-Brandenburg

Die genaue Anschrift ist: Sachschaff Hilfsarbeiter, Berlin SO 16, Engländer 24/25, III. Stock, Zimmer 55/58, Fernsprecher: P 7 Jannowitz 6281.

Buchbinder

Bestellungen auf die Monatschrift „Der graphische Betrieb“

Nach einer Anordnung der Verbandsleitung („Korrespondent“, Nr. 51/1933, S. 321) ist es Pflicht aller Verbandsmitglieder, mindestens eine der für sie in Frage kommenden, vom Verbands herausgegebenen Monatszeitschriften, zu beziehen. Für die Buchbinder und Papierbetreiber kommt dafür die Zeitschrift: „Der graphische Betrieb“, Monatschrift für Maschinenbau, Betriebswissenschaft, Berechnungswesen und Buchbinder-Berufskunde, in Frage. Es ist im Interesse der beruflichen Ausbildung erwünscht, daß „Der graphische Betrieb“ von allen Fachgenossen gehalten wird. Jedoch soll unterirdisch auf alle kein Zwang ausgeübt werden. Wohl aber muß von allen Mitgliedern der 5. Beitragsklasse erwartet werden, daß sie den „Graphischen Betrieb“ bestellen, wenn irgend möglich, auch die Mitglieder der 4. Beitragsklasse.

Die Verbandsortsleitungen haben der Leitung der Fachzeitschriften, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, bis spätestens 20. September 1933 anzugeben, welche Stückzahl des „Graphischen Betriebs“ sie für ihren Ort benötigen, und an welche Sammeladresse der Versand zu erfolgen hat.

Gleichzeitig wollen die Verbandsortsleitungen dem Verbandsführer mitteilen, wieviel Buchbinder den „Graphischen Betrieb“ bestellt haben.

Emil Kloth, Fachschaffswart.

Lohnabkommen für das Deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufswege (VDB-Vertrag), festgesetzt auf Grund der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 durch den Schlichter am 30. Dezember 1931 (gültig für die Zeit vom 1. Januar 1932 bis zum 30. April 1932), ist in unserer Verbandsleitung begriffen. Da es aber noch immer gültig ist, so werden alle diejenigen Verwaltungsstellen, die im Besitz solcher Lohnabkommen sind, gebeten, an uns (Berlin SW 61, Dreibundstr. 5, Fachschaff Buchbinder) alle irgendwie entbehrlichen Stücke zu überleiden.

Emil Kloth, Fachschaffswart.

Gestorben

- Buchbinder Paul Städtler, geb. in Weipzig am 22. Dezember 1852, gest. in Weipzig am 24. August 1933. Verband eingetr. 25. März 1885, Mittl.-Nr. 4032.
- Buchbinder Robert Kötter, geb. in Weipzig am 2. September 1865, gest. in Weipzig am 10. August 1933. Verband eingetr. 17. April 1887, Mittl.-Nr. 13 434.
- Buchbinder Moritz Döberenz, geb. 15. Dezember 1866 in Weipzig, gest. am 29. August 1933 in Weipzig. Verband eingetr. 1. April 1889, Mittl.-Nr. 22 138.
- Buchbinder Friedrich Küster, geb. am 2. März 1870 in Altona, gest. am 25. August 1933 in Altona (Eifel). Verband eingetr. 20. Dezember 1894, Mittl.-Nr. 1912.
- Buchbinder Hermann Nabelt, geb. am 31. Juli 1876 in Weipzig, gest. am 2. September 1933 in Weipzig. Verband eingetr. 1. Oktober 1893, Mittl.-Nr. 18 897.

Ylthograbben und Steindecker

Das „Stellos“ Klischierverfahren

Der nachfolgende Artikel wurde uns von Vorlesenden des Bundes der Chemigr. Anhalten, Ruyter, und Fleckendruckerei Deutschlands G. V. anverleitet. Die hier erwähnte Schmittverfahrengewerbe sind auch von der Arbeiterschaft mit allen Mitteln bekämpft werden.

Die Schmittverfahrengewerbe sind in der Anpreisung, die Schnelligkeit und Einfachheit der Herstellung. Für wenig Geld gibt es eine ganze chemigr. Anhalten und für wenige Pfennige kann sich jeder seine Klischees selbst herstellen. Und der zweite Vorzug: Man braucht den Chemigr. Anhalten, den Facharbeiter, nicht mehr. Angelernte Arbeitskräfte können in wenigen Stunden das erlernen, wozu ein unbegabter Chemigr. Anhalten vier Jahre seines Lebens als Lehrzeit verwendet hat!

Hilfsarbeiter

Der Hilfsarbeiter an der Buchdruckerpresse

Um einen Überblick über die Tätigkeit eines Hilfsarbeiters an der Buchdruckerpresse zu geben und um zu zeigen, daß ein Hilfsarbeiter eine gehörige Portion Erfahrung haben muß, werden diese Zeilen geschrieben.

Die Tätigkeit eines Hilfsarbeiters an der Schnellpresse beschränkt sich nicht nur darauf, die Maschine sauber zu halten und vielleicht wöchentlich einmal das Getriebe zu reinigen, sondern er hat Obliegenheiten zu erfüllen, die große Aufmerksamkeit und Liebe zur Sache bedingen.

Die Bezeichnung „Hilfsarbeiter“ sagt schon, daß der Hilfsarbeiter der Helfer des Buchdruckers sein soll, dem die Maschine anvertraut ist. Soll eine Maschine für eine neue Form druckfertig gemacht werden, so ist es die Aufgabe des Hilfsarbeiters, den Druckzylinder von dem alten Aufzug (Zurichtung) zu befreien. Das Fundament, auf dem die einzurichtende Form sich befindet, muß von allem Urat, außerdem die Walzen und der Farbkasten von der vorhergehenden Farbe gereinigt werden. Dies muß mit besonderer Sorgfalt geschehen; wenn z. B. hinter einer Werkform, d. h. auf Schwarzdruck eine farbige Form gedruckt werden soll. Es dürfen dann keine Farbrückstände auf den Walzen oder im Farbkasten verbleiben.

Neben diesen Arbeiten erfolgt das Fertigmachen des Druckzylinders, bei dem der Hilfsarbeiter dem Drucker zur Hand gehen muß. Daß die Druckformen vom Hilfsarbeiter aus der Segerei geholt werden und er dem Drucker beim Ausschleichen und Formenschleichen, durch Heranholen von Stegen und Füllmaterial hilft, ist wohl selbstverständlich. Während der Drucker die Zurichtung macht, besorgt der Hilfsarbeiter das zum Druck notwendige Papier, läßt es auf das erforderliche Format schneiden und schlägt das Papier, sofern es eine Maschine mit Anlageapparat ist, vor. Bei Fertigmachung der Zurichtung durch den Drucker hilft er ihm beim Aufleben der Zurichtung, was sehr genau geschehen muß. Um mit dem Druckprozess zu beginnen, müssen vom Hilfsarbeiter die Farbwalzen in die Maschine eingeleitet werden. Dies muß mit der notwendigen Sorgfalt geschehen, denn oft passiert es, daß durch Unachtsamkeit beträchtlicher Materialschaden entstehen kann.

Auch beim Drucken ist der Hilfsarbeiter zur Unterhaltung des Druckers notwendig. So muß er beim Bogenanfängen ständig den Druck beobachten und den Drucker bei irgend welchen Veränderungen am Druck, sei es daß die Farbe sich verändert, oder daß das Schließmaterial, die Stege beim Steigen mitdrücken, aufmerksam machen, um nicht Material zu drucken. Bei Druckformen, die Bilder enthalten, wird vielfach die Auflage mit einem rauben Papier durchschossen, um das Ablegen des Drucks auf der Rückseite des zu bedruckenden Papiers zu verhindern. Bei einem Tempo von 800 bis 1000 Druckbogen pro Stunde gehört eine ziemliche Geschwindigkeit dazu, um mit dem Drucktempo mitzukommen.

An Maschinen, die keine Anlageapparate haben, wird das Papier mit der Hand angelegt. Auch dieses Anlegen ist die Arbeit des Hilfsarbeiters, oder, da diese Tätigkeit sehr viel von Frauen ausgeführt wird, die der Hilfsarbeiterin. Daß diese Arbeit nicht einfach ist, ergibt man schon daraus, daß ein Anleger oder eine Anlegerin eine Lehrzeit von einem Jahr durchmachen muß. Das Anlegen erfordert eine besonders leichte Hand, denn der Druck muß, wenn der Bogen zum zweiten Male durch die Maschine geht, genau

Graphische Jugend

Arbeiter und Studenten

Man konnte vor einiger Zeit diese beiden Bezeichnungen nicht nebeneinander nennen, ohne dabei an große Gegensätze zu denken, die mit diesen beiden Begriffen schier unabänderlich verbunden waren. Arbeiter und Studenten, das waren zwei Welten, die kaum irgendwelche Beziehungen miteinander hatten. Wohl hatte der „Wertstudent“ der Nachkriegszeit die Möglichkeit, einer Verdäulichung zwischen den beiden Gruppen die Wege ebnen zu können. Aber sozial man darüber auch philosophiert und geredet hat, es blieb doch immer nur ein ungelöstes Problem. Der Wertstudent blieb in den weitaus meisten Fällen immer ein Fremdkörper, sowohl auf der einen Seite auf der Hochschule, wie auf der anderen Seite auch im Betriebe. Anstatt Klassenverähnlich und Klassenverbündend zu werden, wurde der Wertstudent beiden Klassen entfremdet. Die Bürgerkinder der Universitäten blühten nur näherimpfend auf dem Eindringling, der es wagte, ohne den gesicherten Rückhalt am Geldbeutel des Elternhauses nach des Besten Höhen zu streben, um auch einmal schließlich „Zühterschellen“ im Staate zu besitzen, die alle das Privileg des „Bürgers“ waren. Die Arbeiterschaft wiederum sah in den Wertstudenten, auch wenn diese aus Arbeiterkreisen stammten, Menschen, die mit aller Macht und Gewalt von der Klasse wegtraten, deren Sinnen und Trachten in der anderen, der bürgerlichen Welt, lebte und krebte. So waren und wurden hier Mauern aufgerichtet, die jeden Versuch zu einer Verdäulichung und einer Verschmelzung verschiedener Volksguppen zu einem Willen und einer Volksgemeinschaft verhinderten. Das war und blieb so, trotz des guten und ehrlichen Willens einzelner auf allen Seiten, es mußte so bleiben, weil keine starke Hand sich fand, die diesen Willen der einzelnen zusammenfaßt und in einen gemeinsamen Strom lenkte. Es war niemand da, der diesen Willen organisierte, um durch zielbewußte Pflege des vorhandenen Gedankens diesem auch Blut und Leben zu geben.

Aber dann kommt die nationalsozialistische Bewegung, die von Anfang an das Ziel und den Willen hatte, nicht Interessententhalten zu sein und zu werden, sondern Volksgemeinschaft, Volksgemeinschaft. So war es denn auch nur folgerichtig, daß sich in dieser Bewegung die ersten Anfänge für eine Verdäulichung zwischen diesen beiden Gruppen bildeten. Gleichberechtigt und gleichberechtigt fanden hier neben allen anderen Volksgänden auch Arbeiter und Studenten in einer Reihe. In der Partei und vor allem auch in der SA, war keiner zu gut und keiner zu gering, um hier seine Pflicht zu tun. Kämpfer brauchte diese Bewegung, glühend begehrte Kämpfer für eine Idee und einen Führer. Sie fragte nicht danach, woher diese Kämpfer kamen, ob aus der stillen bürgerlichen Welt oder der rauhen proletarischen Masse. Allein der Wille zum Kampf, die Kampfbereitschaft und die selbstlose Unterordnung unter den einen Willen waren maßgeblich. Wäre die Bewegung von Anfang an in das ruhige Bett sanftbürgerlicher Erfolgsschmerz geleitet worden und nicht in die Bahnen unentwegten Kampfes, ganz sicherlich hätte sich auch hier niemals eine Gemeinschaft herausbilden können, die nicht mehr nach Herkommen, Stand und Bildungsgraden fragte. Durch Kampf und Not aber wurde nicht nur eine Kampfgemeinschaft gebildet, sondern sie wurde mit Blut und Leben zusammengeschweisst, alle miteinander, auch die Arbeiter mit den Studenten, die beide das Brauhemd trugen und beide nur den einen Willen kannten, das Banner des Hakenkreuzes durch Kampf zum Siege zu führen. Aber gerade diese Erfahrung machte zur Erkenntnis, daß alles wieder verloren gehen kann, wenn es nicht behutet und gepflegt wird. Die beste Freundschaft, Liebe und Kameradschaft geht in die Brüche, wenn der graue Alltag seine Zeit und Gelegenheit läßt, sie ständig zu erneuern, das Eisen immer wieder zu schmieden. Die Nachkriegszeit hat dieses Erfordernis nicht beachtet, die Schützengrabensameradtschaft, auch zwischen Arbeitern und Studenten, ging wieder in die Brüche, ja die Kluft zwischen den einzelnen Volksgänden wurde rauber und tiefer denn je. Das darf in der Gegenwart und in der Zukunft niemals wieder so sein und so werden. Der nationalsozialistische Staat ist keine Welt mehr für Klassen und Stände, die sich feindlich und in Haß gegenüberstehen. Es bleibt aber in nationalsozialistischen Staate nicht bei Wünschen und Beteuerungen, sondern überall steht die Tat. Weil man weiß, daß im Alltag Arbeiter und Studenten ihr besonderes Leben der Arbeit leben müssen und daß diese natürlich bedingte Trennung auch die Kameradschaft zwischen

